

Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die Volksstimme erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich Otto Karren, Magdeburg. — Verlagsanstalt für Anker- und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Br. Mühlstraße 8. — Fernsprechnummer 6264 bis 6267. — Postzeitungsliste Seite 210. — Zeitungsbereich der Zeitung: monatlich 2,00 Mark Abnehmer 1,50 Mark. Einzelpreis 15 Pf. Sonntag 20 Pf. — Anzeigenpreise: Die 10gepaltene 27 mm breite Doppelseite kostet 25 Pf., auswärts 30 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote 15 Pf., Vereinskalender 50 Pf., die 10gepaltene 30 mm breite Doppelseite 1,50 Mark. Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Einzelgen unterm Bezugsbereich der Zeitung: monatlich 2,00 Mark Abnehmer 1,50 Mark. Einzelpreis 15 Pf., Sonntag 20 Pf. — Erfüllungsort Magdeburg. Postfachkonto 129 Magdeburg.

Nr. 168

Magdeburg, Donnerstag den 21. Juli 1927

38. Jahrgang

Kriegszustand in Rumänien

König Ferdinand gestorben

Berlin, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) König Ferdinand von Rumänien ist heute nacht in Bukarest gestorben. Die Kunde von diesem bedeutsamen Ereignis, die allerdings schon seit langem zu erwarten war, ist auf Umwegen nach Berlin gelangt, da in Rumänien selbst sofort nach dem Ableben Ferdinands alle Verbindungen mit dem Ausland abgesperrt und die Grenzen geschlossen wurden.

Es bereiten sich allem Anschein nach schwere innenpolitische Kämpfe in Rumänien um die Thronfolge vor. Als Zeichen dafür, wie heftig diese Kämpfe werden können und mit welchen Mitteln man sie zu führen gedenkt, sei die Tatsache in Erinnerung gerufen, daß man den König bei Beginn seiner Erkrankung völlig von der Außenwelt absperrte.

Kriegszustand - Sperrung der Grenzen

Bu. Budapest, 20. Juli. Wie hier gemeldet wird, hat die rumänische Regierung die Grenzen des Landes gesperrt und den Kriegszustand erklärt. Die Presse wird zensuriert. Der Telefonverkehr mit Belgrad ist unterbrochen. Ministerpräsident Bratianu hat schon vor mehreren Tagen weitgehende militärische und polizeiliche Maßnahmen getroffen, um für den Fall des Ablebens des Königs gegen jede Eventualität gerüstet zu sein. Im Lande herrscht gedrückte Stimmung. Man fragt sich, ob der Kriegszustand wirksam genug sein wird, um den Bürgerkrieg zu vermeiden, der wegen der Thronfolge ausbrechen könnte.

Verteidigung des Regenschattens

Bu. Bukarest. Heute nachmittag um 4 Uhr wird die Nationalversammlung, die nach der rumänischen Verfassung aus der Vereinigung von Kammer und Senat besteht, dem Regenschatten den Eid abnehmen. Anschließend dürften Regierung und Partei Erklärungen abgeben. Der Rat besteht aus dem Patriarchen von Bukarest, Miron, dem Präsidenten des Kassationshofes, Budzagan, und dem Prinzen Nikolaus.

Loben der Enttäuschten

Berlin, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Deutsche nationale und Kommunisten wetteifern darin, die Kämpfe in Oesterreich für ihre dunklen Zwecke auch im deutschen innerpolitischen Kampf auszunutzen. Einmütig wird von der Reaktion jetzt eine Heise gegen das Reichsbanner, dessen gestriger Aufruf in tendenziöser Weise entstellt und verzerrt wiedergegeben und als Solidaritätserklärung mit den Brandstiftern ausgelegt wird. Der volksparteiliche Abgeordnete Buchhorn hat bereits eine kleine Anfrage im Preussischen Landtag eingebracht, in der er vorschlägt und behauptet, daß durch den Aufruf die Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich Schaden erleiden müßten.

Auf der andern Seite toben die Kommunisten und suchen aus den Leiden der unglückseligen Opfer des Wiener Straßenkampfes Kapital zu schlagen. Sie fordern zum Solidaritätsstreik und zur Protestdemonstration auf.

Die republikanische Bevölkerung wird sich weder um das Geschrei der Reaktionen noch um das Toben der Kommunisten kümmern, sondern weiß sich eins mit der Wiener Arbeiterschaft, wenn sie an der Bahre der Opfer das Treugelübnis zur Demokratie und zur organisierten Arbeiterbewegung erneuert.

100 Tote und 1000 Verletzte

Wien, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Gesamtzahl der Todesopfer ist am Dienstag auf 100 gestiegen, die Zahl der Verwundeten dürfte nicht weit von 1000 entfernt sein. Gegen 300 Personen sind bis jetzt verhaftet worden. Sie werden der verschiedensten Verbrechen und Vergehen beschuldigt, und zwar insbesondere des Aufruhrs bzw. der Brandstiftung. 72 von diesen Verhafteten sind in das Landesgericht übergeführt. Die ordentliche Untersuchungshaft über sie verhängt worden.

Am Mittwoch nachmittag werden auf dem Zentralfriedhof ungefähr 60 Todesopfer bestattet werden. Der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie und der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold werden Kränze mit entsprechenden Widmungen niederlegen lassen. Während der Bestattung wird in allen Betrieben eine Trauerpause von 15 Minuten eintreten. Auf den Eisenbahnen wird jedoch keine Pause eingelegt; bei der Wiener Straßenbahn dauert die Pause 5 Minuten.

Heute tragen alle Amtshäuser, Wohlfahrtsanstalten usw. anlässlich der Trauerfeier für die Opfer schwarze Fahnen.

Die Gewerkschaftsinternationale hat der österreichischen Gewerkschaftskommission — wie uns aus Amsterdam gemeldet wird — telegraphisch die Anteilnahme der internationalen Arbeitererschaft an dem Kampfe der österreichischen Arbeiter ausgesprochen.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ bringt mit Trauerrand einen Erinnerungsartikel, in dem es unter der Überschrift „Zum Vermächtnis der Toten“ unter anderem heißt: „Nicht Verjöhnung und auch nicht Blutrache, sondern vollkommene Eingabe an die Arbeiterbewegung, organisierte Leidenschaft und unerwüchlichen Kampf fordern die Toten von uns.“

Nationalrat am Montag

Wien, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Nationalrat ist auf Montag nachmittag 3 Uhr einberufen. Die Absicht des Bundeskanzlers, lediglich den Präsidenten eine

Trauerrede halten zu lassen und damit die Sitzung und die ganze Tagung zu beenden, wird selbstverständlich nicht durchgeführt werden können; denn die Sozialdemokraten werden eine Besprechung der letzten fürchtbaren Vorgänge und eine Stellungnahme per Regierung herbeizuführen wissen.

Der Wiener Gemeinderat wird am Donnerstag nachmittag zusammentreten. Die Tagesordnung ist die einer normalen Sitzung. Trotzdem wird selbstverständlich das Drama von Wien im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen. Der Gemeinderat wird u. a. die Aufstellung der Gemeindefeuerwache zu billigen haben.

Die Behauptungen, als ob die Aufstellung dieser Schutzwache verfassungswidrig sei, ist falsch; denn die Gemeindeordnung verpflichtet die Gemeinden, für Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu sorgen.

Die Gemeindefeuerwache ist am Dienstag morgen noch um einige hundert Mann vermehrt worden. Weitere Einstellungen sollen jedoch zunächst nicht erfolgen. Die Schutzwache macht weder Straßen-, noch Kriminal- oder Bureaudienst. Ein erheblicher Teil ist ständig im Rathaus oder in den einzelnen städtischen Bezirksämtern konzentriert. Es stehen genügend Automobile und Nachrichtenmittel zur Verfügung, um die Schutzwache bei Bedarf sofort einzusetzen.

Heimwehren und Eisenbahner

Wien, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Aus Innsbruck wird berichtet: Die Heimwehren in Tirol hatten den Innsbrucker Bahnhof besetzt. Die Eisenbahner hatten erklärt, erst dann den Betrieb wieder aufzunehmen, wenn die Gendarmerie und das Militär sowie die Heimwehr vom Bahnhof abgezogen seien. Zu der Nacht vom Montag auf Dienstag wurde nun mit dem Bundesbahndirektor vereinbart, daß die Heimwehr um 7 Uhr morgens aus dem Innsbrucker Bahnhof abmarschieren werde und daß dann der Verkehr aufgenommen werde. Um 8 Uhr früh war aber diese Besetzung noch nicht aufgehoben, worauf die Streikleiter durchsetzten, daß die Gendarmen und Gendarmerie vom Nordende des Bahnhofs abziehen und daß die Eisenbahner beim Süden des Bahnhofs einzutreten werden. Nun wurden die Gendarmen zurückgezogen. Die Polizei nahm ihren normalen Dienst wieder auf und die Besetzung zog beim Nordende des Bahnhofs hinaus. Gleichzeitig zogen die Betriebsarbeiter vom Partei- und Gewerkschaftsheim, dem Hotel „Sonne“, in Bierereien unter gewaltiger Beteiligung der Bevölkerung zum Süden des Bahnhofs. Nach einer kurzen Anrede des mit der Streikleitung beauftragten Genossen wurde der Dienst wieder aufgenommen.

Auch an den andern Nordtiroler Bahnhöfen, die die christlich-sozialen Landesregierung hatte besetzen lassen, wurden die Gendarmen und die Heimwehren zurückerufen; erst dann wurde der Dienst wieder aufgenommen. Die Landesregierung hatte noch gestern vormittag erklärt, daß sie die Befassung nicht zurückziehen werde, wenn der Betrieb aufgenommen sei. Auch in einigen kleineren Orten, wo ein paar bäuerliche Viehhändler die Kommandanten spielen zu können glaubten, wurden die Heimwehren von den Eisenbahnern aus den Bahnhöfen einfach verjagt. Mit der Niederrichtung der Eisenbahner, die die christlichsozialen Wehrleute in Nordtirol bereits früher glauben durchsetzen zu können, haben sich diese bloß eine gewaltige Blamage zuzugewogen. Auch in Steiermark mußten die Heimwehren abziehen.

Aus der Provinz kommen erst jetzt eingehendere Nachrichten über den Verlauf der letzten Tage. Den Sommergästen in den Alpenströmen, soweit sie die Heimreise antreten wollten, wurde von den Streikkomitees und dem Schutzband in weitestem Maße die Erlaubnis erteilt, Lebensmittel- und Arbeiterzüge, ja sogar Lokomotiven, allerdings auf eigene Gefahr, zur Rückfahrt zu benutzen. In Kärnten hatten die Heimwehren am Montag verjagt, gewisse Punkte und Bahnhöfe zu besetzen; sie wurden jedoch von der Gendarmerie entwaffnet.

Nach einer Meldung der „D. A. Z.“ aus Wien ist der verhaftete preussische Landtagsabgeordnete Piek über die Grenze abgeführt worden.

Straßenkampf und Revolution

Die Lehren von Wien.

Von Friedrich Stampfer.

Bei den großen Demonstrationen, die die Sozialdemokratie in Wien veranstaltete, waren 500 000 Menschen und mehr auf der Straße. Am Freitag war es noch nicht der fünfzigste oder der hundertste Teil davon, der sich vor dem Parlament versammelte. Die große Mehrheit dieser wenigen Tausende verhielt sich ruhig. Einige Hunderte verübten Gewalttätigkeiten und führten im Gegen- und Zusammenspiel mit Polizeiorganen, die ihre Kopflosigkeit zur Brutalität verleitete, die Katastrophe herbei.

Das Volk von Wien war über das Urteil im Schattendorfer Prozeß aus tiefster Seele empört. Aber es war nicht das Volk von Wien, das Gebäude in Brand steckte und Schulkinder tötete.

Die Straßenkämpfe, die die Kommunisten am Tage danach fortzusetzen versuchten, wurden wieder von wenigen gegen wenige geführt. Das Volk von Wien gab durch das friedliche Mittel der Arbeitseinstellung seinen Empfindungen Ausdruck. Und darum war es im Grunde nur logisch, daß diese Arbeitseinstellung beendet wurde, als ihr Zweck — einer Massenstimmung Ausdruck zu geben — erreicht war.

Die Wiener Sozialdemokratie hat erklärt, daß sie keinen Bürgerkrieg will. Sie hat durch ihren heroischen Entschluß, den Verkehrsstreit abubrechen, den Beweis dafür geliefert, daß es ihr mit dieser Erklärung Ernst ist. Dem rein machtpolitisch und militärisch gesehen, ist die Wiener Organisation von allen in der Welt diejenige, die den Bürgerkrieg am wenigsten zu fürchten hat. Angesichts ihrer Stärke und ihres Verhältnisses zur Wehrmacht war die gewalttätige Eroberung der Macht für sie ein verhältnismäßig leicht zu lösendes Problem. Sätten die deutschen Rechts- und Linksputzschichten auch nur die Hälfte der Erfolgsaussichten, mit denen die Wiener Sozialdemokratie im Falle eines Waffenganges rechnen kann — sie hätten es sich nicht lange überlegt und hätten losgeschlagen.

Die Wiener Genossen sind aber keine Putzschichten, sondern Sozialdemokraten. Sie erstreben die politische Macht mit den friedlichen Mitteln der Demokratie, nicht mit denen der blutigen Gewalt. Sie sind auch klug genug, um zu wissen, daß man nach lange nicht die wirkliche politische Macht besitzt, wenn man sich nach einer siegreichen Straßenschlacht an die Schreibtische der Minister setzt. Wirkliche politische Macht besitzt man erst, wenn man sich auf das unerschütterte Vertrauen einer starken Volksmehrheit stützt und keine Eingriffe von außen zu fürchten braucht.

Dieselbe kommunistische Presse, die jeden Tag über den angeblich drohenden Angriff einer riesigen Mächtekoalition auf Sowjetrußland schreit, beschimpft unsere österreichischen Genossen, weil sie nicht gewillt sind, in Oesterreich eine bolschewistische „Arbeiter- und Bauernregierung“ zu bilden. Rußland ist durch die ungeheure Ausdehnung seines Gebietes vor Angriffen geschützt. Oesterreich ist ein kleines Land inmitten Europas mit ungeschützten Grenzen gegen Italien, Ungarn, Jugoslawien, die Tschechoslowakei und Bayern. Welchen Sinn hätte es, wenn sich dort eine siegreiche „Revolutionärspartei“ auf die Brandruinen, die der Bürgerkrieg hinterlassen hat, setzen wollte, um über ein Volk zu regieren, das in seiner Wehrtheit diese Regierung noch nicht einmal will?

Gingen die österreichischen Sozialdemokraten auf solche „Siege“ aus, so würden sie sich nicht lange ihrer Früchte freuen, vielmehr für die Arbeiterbewegung ganz Europas eine Katastrophe herbeiführen. Sie waren klug genug, die Gefahr zu erkennen. Sie sind nicht in den Bürgerkrieg „hineingeschlittert“, wie die Zentralmächte 1914 in den Weltkrieg hineingeschlittert sind. Für den Mut, mit dem sie sich dem reißenden Zuge einer scheinbar zwangsläufig gewordenen Entwicklung entwandten, gebührt ihnen der Dank der deutschen Sozialdemokratie und der ganzen sozialistischen Arbeiterinternationale.

Vergleichen wir das, was eine kleine Minderheit am Freitag und Sonnabend auf den Straßen Wiens verübte, mit dem dauernden und folgerichtigen Wirken der österreichischen Sozialdemokratie, so begreifen wir den Unterschied zwischen der scheinrevolutionären Geste und der Arbeit für die wirkliche soziale Revolution.

Die wirkliche soziale Revolution vollzieht sich im geistigen Aufstieg der Arbeiterklasse, in ihrer organisierten Erfassung ihrer wachsenden Fähigkeit, politische Macht im Interesse der Gesamtheit auszuüben. Sie vollzieht sich in einer Verflechtung der Machtverhältnisse zwischen

gefallenen Studenten am Sonntag, bei der stehend nationalitische Reden gehalten wurden unter Teilnahme der bairischen Staatsregierung und Paradermarsch der Reichswehr, legte neben den schwarzweißen Kränzen der Studentenschaft, der Hochschulen, der Professorenvereinigung auch ein Reichswehrhoffizier, begleitet von zwei Mannschaften, einen schwarzweißen Kranz nieder. Bei einem anschließenden Festkommers der Studenten in der Würzburger „Ludwigshalle“ spielte die Reichsmehrkapelle unter dem Gesang der Studenten mehrmals das Lied: „Dir wollen wir unser Leben weihen, dir, Fahne Schwarzweißrot.“

Was wird Reichswehrminister Gehler dazu sagen? Wird er sich der Freude der Studenten, die grinsend im Siff die Republik höhnen, anschließen?

Der Verfassungskampf der Studenten gegen den Kultusminister Wedder hat noch zu keiner einheitlichen Stellung geführt. Die Opposition in den eigenen Reihen ist diesmal auffallend groß. Und die sachliche Arbeit — wozu noch die, solange man gut bairisch Hofbräu trinken kann? Die preussischen Studentenschaften haben eine eigene Tagung einberufen, von der aber auch nur böckischer „Führergeist“ zu erwarten ist.

Wie können's uns ja leisten

Die Ermägungen über die Entsendung von Militär- und Marineattachés haben zu einer prinzipiellen Einigung darüber geführt, den Botschaften und Gesandtschaften militärische und maritime Sachverständige beizugeben. Trotz gewisser politischer Bedenken hat man sich dem Standpunkt des Reichswehrministeriums angeschlossen, das die Entsendung von Militär- und Marineattachés im Interesse der deutschen Wehrmacht als unumgänglich notwendig bezeichnet hat.

Wie der „Soz. Pressedienst“ erfährt, wird je ein Militär- und Marineattaché bei den Großmächten akkreditiert werden. Auch mit den durch die Friedensverträge neu entstandenen europäischen Staaten sind Verhandlungen darüber im Gange, ob die beiderseitigen diplomatischen Vertretungen durch Militärattachés ergänzt werden sollen. Gegenstand von Ermägungen bildet u. a. auch nach die Abgrenzung des Wirkungsbereiches dieser Sachverständigen, wobei besonders zu entscheiden sein wird, ob sie ihre Instruktionen vom auswärtigen Amt oder vom Reichswehrministerium empfangen sollen.

Wir haben ja das Geld für dieses überflüssige glühende Spiel; wir können's uns ja leisten. Nur wenn es gilt, Kriegssopfer und Sozialrentner ausreichend zu unterstützen oder Löhne und Gehalte der Staats- und Reichsangeestellten so weit zu erhöhen, daß sie notwendig zum Leben ausreichen, dann schallt es aus der Bürgerblockregierung heraus: Wir möchten ja gern, aber wir haben kein Geld. Freilich, wenn es für allerlei Rinkerlitzchen vertan wird...

Bairische Finanzpolitik

Am Montag und Dienstag wurde nach dem Willen der bairischen Regierung und ihrer Parteien im Haushaltausschuß des Landtags ein Gesetz durchgepeitscht, das infolge seiner finanziellen Auswirkungen zweifellos das wichtigste bairische Gesetz der letzten Jahre ist. Es handelt sich um den innerbairischen Finanzausgleich, durch den der ungeheuren Notlage der bairischen Gemeinden, Bezirke und Kreise einigermassen gesteuert werden soll.

Durch den Regierungsentwurf wird die ganze Last des Ausgleichs den Gemeinden selbst aufgebürdet, wobei die Kosten für die besonders notleidenden Bezirke ganz einseitig der Stadtbevölkerung aufgeschuldet werden. Vergeblich waren alle Bemühungen der Opposition unter Führung der Sozialdemokratie, der Vorlage wenigstens die schlimmsten Mängel auszuberechnen; ebenso vergeblich ihre Warnungen, die ohnehin schon vorhandene Last zwischen Stadt- und Landbevölkerung nicht noch weiter aufzureißen.

Der sozialdemokratische Antrag, den Gemeinden die im Vorjahre weggenommenen 16 Millionen aus dem Reichsumschlagsanteil wieder zurückzugeben und statt dessen die im Vorjahr beschlossene, höchst einseitige Befreiung der Landwirtschaft von der Wohngebäudeabgabe wieder aufzuheben, wurde rundweg abgelehnt. Ebenjowenig gelang es, die Bestimmung auf Einführung der selbst von der Regierung und den Koalitionsparteien als unsozial, roh und brutal bezeichneten Kopfsteuer heranzunehmen, die sich ebenfalls in der Hauptsache gegen die werktätige Bevölkerung der Städte richtet.

Bemerkenswert ist, daß der bairische Städtebund sowie die Spitzenverbände von Handel, Industrie und Gewerbe in scharfen Protesten gegen die Regierungsvorlage Stellung genommen haben, wobei sie den Nachweis führten, daß sich die ungeheure Ungerechtigkeit eines solchen Gesetzes als stärkste Förderung des Unitarismus (Einheitsstaates) auswirken wird.

Die Regierung und die Regierungsparteien blieben aber allen Warnungen und Protesten gegenüber taub, ganz offensichtlich aus Angst vor den bevorstehenden Wahlen, für die sie unter allen Umständen die Gunst der Landbevölkerung für sich gewinnen wollen. Das Gesetz wird schon in den nächsten Tagen vom Landtag, der Ende der Woche in Ferien geht, verabschiedet werden.

Wohin treibt Wilsudski?

Seitdem der polnische Sejm nach dem Staatsstreich Wilsudski vom Mai vorigen Jahres freiwillig seine Rechte zugunsten der Regierung eingeschränkt hat, ist sein tatsächlicher Einfluß wie sein Ansehen im Lande im fortgeschrittenen Sinne begriffen. Der wirkliche Beherrscher Polens Wilsudski hat ihn mehr als einmal durch sein Verhalten, ja durch kränkende und beleidigende Worte, seine völlige Mißachtung fühlen lassen, er hat ihn durch den Staatspräsidenten einberufen und nach Hause schicken lassen, wenn es ihm paßte, und niemals ist der Sejm über schäntliche Ausläufe zu einer Opposition hinausgekommen. So erleben wir in Polen das groteske Schauspiel, daß eine Regierung, die überhaupt keine Partei im Parlament hinter sich hat, mit eben diesem Parlament nach Belieben umspringt und damit natürlich den Gedanken der Demokratie und des Parlamentarismus dauernd diskreditiert.

Die kurze, vom Staatspräsidenten brüst geschlossene letzte Session des Sejm ist für diese Situation charakteristisch. Für den 20. Juni hatte der Staatspräsident Sejm und Senat einberufen, viellecht um einen dahingehenden Antrag des Sejm zu unterbreiten. Es war von vornherein zu erwarten, daß der Sejm sich mit einer Reihe von wichtigen Fragen befassen würde, darunter auch solchen, in denen ein Gegensatz zur Regierung bestand. Dies gilt insbesondere von den berichtigten Pressedirekten, die

im Sejmabschluß einstimmig abgelehnt wurden. Hiermit aber mußte die Regierung ebenso von vornherein rechnen, wie mit einem Sejmabschluß, der dem Sejm das Recht, sich selbst aufzulösen, wiederzugeben sollte, auf das er im vorigen Jahre zugunsten des Staatspräsidenten verzichtet hatte.

Mitten in den Beratungen hat nun die Regierung beide Kammern nach Hause geschickt. Völlig unerwartet verließ der Innenminister Skadkowski — ein General — mitten in einer Sitzung des Senats das Schließungsbelet. Dem Sejm wurde es kurz darauf durch einen Leutnant überbracht.

Dieses Vorgehen der Regierung hat unter den Parteien und den Abgeordneten große Bestürzung hervorgerufen. Eine Zeitlang sah es aus, als würde sich der Sejm aufrufen und mindestens seine Wiedereinberufung erzwingen, die nach der Verfassung auf Antrag von einem Drittel der Abgeordneten erfolgen muß. Aber es ist bezeichnend für die Zerfahrenheit der Verhältnisse, daß ein solcher Antrag nicht aufkam. Ein Teil der Fraktionen fürchtete, daß die Regierung einen derartigen Antrag mit der Auflösung des Sejm beantwortet werde, so daß eine Änderung der Wahlordnung nicht mehr möglich sein würde.

Nur die äußerste Rechte, die Nationaldemokraten und die polnische Sozialistische Partei kamen zu dem Entschluß, die Wiedereinberufung des Sejm durchzusetzen. Sie hätten zusammen auch die nötige Stimmenzahl aufgebracht, aber sie konnten sich begrifflicherweise nicht entschließen, einen gemeinsamen Antrag zu stellen. So blieb die Regierung ohne Kampf Herrin der Lage, und der Sejm steckte die ihm verzeigte Ohrfeige ein.

Die polnische Sozialistische Partei ist trotz aller alten Unhänglichkeit an Wilsudski schon seit Monaten zur Opposition übergegangen. Sie hat auch an der Schließung der Kammer, die am 13. Juli erfolgte, die schärfste Kritik geübt, und ihr Führer Niedzialkowski warnte erst dieser Tage wieder in einem Leitartikel des Warschauer „Robotnik“ die Regierung in der eindringlichsten Weise, auf diesem Wege der Bestörung des demokratischen Gedankens weiterzugehen, an dessen Ende nur der Faschismus oder der Kommunismus stehen könne. Er warf dem Kabinett dabei vor, daß es den Zeretzungsprozess des polnischen Parlamentarismus bemüht fördere und prolektierte im Namen der polnischen Sozialisten gegen diese Politik und diese Taktik. Man wisse nicht, ob das Vorgehen der Regierung noch eine Farce oder bereits ein Drama sei.

Man muß dem Führer der polnischen Sozialistischen Partei recht geben, daß in Polen eine äußerst gefährliche innere Entwicklung im raschen Fortschreiten begriffen ist. Bei der noch längt nicht stabilisierten Stellung Polens in Osteuropa kann diese Entwicklung auch für seine Nachbarstaaten nicht gleichgültig sein.

Sozialistenverfolgung in Rußland

Am heutigen 20. Juli beginnt in Scharlow ein Prozess gegen elf georgische Sozialdemokraten. Die „Pravda“ teilt in einer der letzten Nummern einen Auszug aus der Anklagegeschrift mit. Im ersten Teile dieses „historischen“ Dokuments wird die Tätigkeit der georgischen „Menschewisten“, angefangen von der Februarrevolution bis auf den heutigen Tag, in aller Ausführlichkeit geschildert.

Im Mittelpunkt stehen die Anklagen gegen Andschaparidje. Im Jahre 1922 hat er Sowjetrußland verlassen. Im Juni 1925 soll er von dem Leiter der früheren georgischen Regierung und dem jetzigen Vorsitzenden des Auslandsbüros der georgischen Sozialdemokraten, Djcherdania, beauftragt worden sein, sich nach Georgien zu begeben, um dort die illegale Parteiarbeit zu organisieren. Er sollte erstens eine Einheitsfront mit den illegalen georgischen Parteien der Sozialföderalisten und Sozialrevolutionären herstellen; zweitens eine Parteikonferenz einberufen zwecks Neuwahl des Zentralkomitees und eine Vereinigung marxistischer Jugend ins Leben rufen; drittens einen kleinen Ort zum Sitz des Zentralkomitees wählen und in Siew einen Meldebüro aufbauen.

Andschaparidje begab sich darauf nach Warjchau, von dort in Begleitung des in inoffiziellen Vertreters der georgischen Regierung in Polen, Jmpodse, nach Lemberg, wo er mit einem gewissen Penkow-Poloshny und zwei Offizieren der zweiten Abteilung des polnischen Generalstabs eine Versprechung gehabt haben soll. Mit falschen Pässen ausgerüstet, sollen danach Andschaparidje und Penkow-Poloshny die Grenze überschritten haben.

Nachdem Andschaparidje in Siew verschiedene georgische Revolutionäre aufgefunden und mit ihnen gemeinsam einen Organisationsplan geschaffen hatte, begab er sich nach Tiflis, wo er Beziehungen mit seinen Parteigenossen aufnahm. Verschiedene Schriftstücke übergab er zur Aufbewahrung seinem Begleiter Penkow. Von Tiflis kehrte er zusammen mit diesem nach Siew zurück und fuhr von dort nach Kamenez-Podolski, wo beide verhaftet wurden.

Das gleiche Schicksal ereilte alle die Leute, mit denen Andschaparidje während seines Aufenthaltes in Sowjetrußland in Verbindung gekommen war. Die Anklagegeschrift behauptet ferner, daß während derselben Zeit Penkow Spionageaufträge ausgeführt habe.

Dies in kurzen Worten der Inhalt der Anklagegeschrift; wie weit er den Tatsachen entspricht, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls wird hier den georgischen Genossen nichts anderes vorgeworfen, als daß sie ihrer sozialistischen Pflicht gemäß ihre Parteiorganisation haben ausbauen wollen. Wer in diesem Falle den Spieß gespielt hat, bleibt sich schließlich gleich. Das internationale Proletariat wird auf der Gut sein müssen, damit zu den vielen Opfern, die die Unterdrückung Georgiens durch die Menschewisten bereits gefloht hat, sich nicht noch weitere hinzugesellen.

Sacco und Vanzetti im Hungerstreik

Professor Dana von der amerikanischen Universtität Cambridge, der sich gegenwärtig in Paris aufhält, hat einen Brief von Vanzetti erhalten, den die französische Liga für Menschenrechte veröffentlicht. Vanzetti dankt darin allen Freunden in Europa für die Ermütigungen, die ihm und seinem Leidensgenossen im Gefängnis zugegangen seien. Er warnt aber davor, in bezug auf die Begnadigung zu optimistisch zu sein, denn er befürchte, daß man da eine Enttäuschung erleben werde. Man möge sich keine Illusion über das angebliche Entgegenkommen der staatlichen Behörde von Massachusetts machen. Sie hätte immer so gehandelt, um in letzter Minute ihn und seine Leidensgefährten um so besser erdolchen zu können.

Der Brief schließt mit einem Dank an die Freunde in Europa und die europäischen demokratischen Völker, denen er und seine Leidensgenossen die 7 letzten Jahre ihres Lebens verdanken.

Inzwischen trifft die Nachricht ein, daß die beiden zum Tode verurteilten Anarchisten den Hungerstreik begonnen haben. Sie wollen lieber Hungers sterben, als unschuldig den elektrischen Stuhl besteigen. Sollte auch im letzten Augenblick eine Begnadigung dieser Justizopfer erfolgen, die Schande, zwei Menschen tausendfache Todesqualen auferlegt zu haben, kann doch nicht wieder getilgt werden.

Notizen

Zur Festlegung der deutsch-französischen Grenze. Dem Reichstag ist vom auswärtigen Amt der Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich über die Festlegung der Grenze zur Verabschiedung ausgegangen.

Unterbrechung der Seeabstimmungskonferenz. Die britische Delegation auf der Seeabstimmungskonferenz ist am Dienstagabend nach London abgereist, um mit der englischen Regierung über den Stand der Konferenz zu beraten. Ob die Gründe für diese Unterbrechung in Genf oder in London ihren Ausgangspunkt haben, war nicht zu erfahren. Tatsächlich wird die Konferenz durch die Abreise der britischen Delegation zum mindesten für einige Tage unterbrochen.

Westfälischer Prälat. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Budapest meldet, soll dort der fürstliche Prälat, Universtitätsprofessor Hofrat Dr. Joseph Siegescu, auf Antrag der Staatsanwaltschaft verhaftet worden sein. Er wird beschuldigt, Beamte der Universtitätskliniken zur Annahme von Bestechungsgeldern angereizt und die erhaltenen Provisorien mit ihnen geteilt zu haben. Siegescu ist Vizepräsident der ungarischen Regierungspartei und hat während der letzten Parlamentswahlen eine führende Rolle gespielt. Um so größer ist das Aufsehen, das seine Verhaftung erregt.

Die Panlaureierung gestürzt. Wie aus Moskau gemeldet wird, findet eine Nachricht des Neutembureaus über den Sturz der Panlaureierung ihre Bestätigung. Lediglich die kommunistische Militärschule wird noch verteidigt. Nach andern Meldungen aus Peking ist mit Genehmigung des diplomatischen Korps und der Regierung eine neue Hausführung in der russischen Wolschka vorgenommen worden. Der russische Generalkonsul hat Protest bei der Peking Regierung eingelegt, der jedoch ohne Antwort geblieben ist.

Disziplinarstrafen für die Grenzwechselfälle. Wie der „Bett Pariser“ mitteilt hat ein italienischer General eine Untersuchung veranlaßt über die letzten italienisch-französischen Grenzwechselfälle, bei denen eine Abteilung von zwanzig italienischen Soldaten unter der Führung eines Hauptmanns auf französisches Gebiet übergetreten sind. Der Offizier sowie sämtliche Soldaten sind mit Disziplinarstrafen belegt worden.

Wahlerfolge auf Island. Die isländischen Parlamentswahlen haben nach den bisher vorliegenden Ergebnissen der jeweiligen Regierungspartei, den Konservativen, eine Niederlage gebracht. Die durch ein Wahlbündnis vereinigte Bauernpartei und Sozialdemokraten können dagegen erfreuliche Erfolge aufweisen. So haben in den beiden Städten Hafjord und Akurehri die Sozialdemokraten je ein konservatives Mandat erobert und in der Hauptstadt Reikjavik der sogenannten „Unabhängigkeitsgruppe“ ein Mandat abgewonnen. Die Bauernpartei hat ebenfalls ein Mandat gewonnen. Die Ergebnisse der Landbezirke stehen noch aus.

Sprengungsparolen zum amerikanischen Gewerkschaftskongress. In Washington wurde am Montag der 5. Kongress der panamerikanischen Gewerkschaften eröffnet. Vertreten sind die Vereinigten Staaten durch den Amerikanischen Gewerkschaftsbund sowie Kuba, Mexiko, Portoriko, Nicaragua, die Dominikanische Republik, Venezuela, Panama, Peru, Honduras, Kostaika und El Salvador. Der Leitung des Kongresses ist ein Zirkular zugegangen, das angeblich aus Moskau stammt und in Zentralamerika verbreitet wurde. Die Kommunisten werden darin aufgefordert, den Kongress nicht zu boykottieren, sondern daran teilzunehmen und ihn zu sprengen, um an Stelle dieser vom amerikanischen Kapitalismus unterstützten Gewerkschaften eine sozialistische Organisation aufzubauen zum Kampfe gegen den „Panec-Imperialismus“.

Handstaaten-Besprechungen in Warjchau. In den nächsten Tagen findet in Warjchau eine Konferenz von Gesandten der russischen Handstaaten statt, an welcher von polnischer Seite der Gesandte in Moskau, Dr. Kater, teilnehmen wird.

Amerikanischer Bizekonsul in Mexiko ermordet. Der amerikanische Bizekonsul in Puerto (Mexiko), wurde nach einem Telegramm des „New York Herald“ in Paris, in der Nacht zum Dienstag durch zwei Personen, die in sein Haus eingebrochen waren, durch Revolvergeschosse tödlich verletzt.

Depeschen

„Das einzige Mittel“

Paris, 19. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der nach Wien entsandte Sonderberichterstatter des „Tribuna“ meldet seinem Blatt, man habe den unverkennbaren Eindruck, daß die Regierung Seibel schwach und zögernd sei. Seit über Herr der Lage, wenn er wollte; aber er verhandle, da er die Überzeugung habe, daß nur der Kommunismus von einer Fortsetzung der Unruhen profitieren würde.

Der sozialistische „Soir“ wirft die Frage auf, welche politischen Folgen die Aufstandsbebewegung haben könne. Seit drei Tagen spreche man in der Presse nur vom Aufstand. Wenn der Aufstand komme, so hätten ebenfalls die reaktionären Mächte um Oesterreich, insbesondere Italien, am meisten dazu beigetragen. Die Wiener Aufstandsbebewegung sei eine rein innere österreichische Angelegenheit. Aber plötzlich mißte sich das faschistische Italien ein und drohe mit einer Invasion, falls die Ruhe nicht wiederhergestellt werde. Von allen Seiten rufe man: Keinen Aufschlag! Keine Revolution! — und erinnere die Oesterreicher daran, daß sie wirtschaftlich von den Großmächten abhängen. Das faschistische Italien gehe noch weiter, es mißte sich nicht nur in die österreichische Souveränität, widersehe sich nicht nur dem Aufschlag, sondern lege sogar sein Veto gegen den Donau-Zollverein ein. „Könne man sich da wundern“, schließt das Blatt, „wenn sich Oesterreich dem deutlichen Einheitsstaat zuwendet, als dem einzigen Mittel, sich gegen das faschistische Italien und andre reaktionäre Staaten zu schützen?“

Den kommunistischen Streik erkannt

Ab. Paris, 20. Juli. Wie „Populaire“ berichtet, hat der Bezirksverband der sozialistisch-kommunistischen Vereinigungen des Norddepartements, dem drei Abgeordnete, darunter auch der unabhängige Kommunist Ernest Lafont, angehören, beschlossen, sich den Sozialisten anzuschließen.

Die Reservisten-Zwischenfälle

Ab. Paris, 20. Juli. Nach einer Meldung des „Matin“ aus Cherbourg sollen infolge der gestrigen Zwischenfälle und Demonstrationen etwa hundert zur Reservierung einberufene Matrosen nicht bei ihren Truppenteilen erschienen sein, doch sollen im Verlauf des Tages sich einige zurückgemeldet haben.

Aufstand in Mexiko?

Ab. London, 20. Juli. „Times“ schreibt aus New York, die mexikanische Regierung teilt mit, daß ein bewaffneter Aufstand im Staate Veracruz unterdrückt worden sei. Die mexikanische revolutionäre „Junta“ bagegen verkündet, daß sich 3000 Bewaffnete im offenen Aufstand befänden.

Erdbeben in der Provinz Messina

Ab. Rom, 20. Juli. „Messaggero“ berichtet aus Messina, daß gestern nacht in Tripi ein starkes Erdbeben verurteilt wurde, das sich noch einige Male wiederholte. Die Bevölkerung betrachtete die Nacht im Freien.

Brand in einem Artilleriepark

Ab. Madrid, 20. Juli. Gestern vormittag brach im Artilleriepark in Valladolid ein Brand aus. Dabei wurden nach zuverlässigen Meldungen über 1000 Gewehre verurteilt.

Und viele Kränzen fielen. Ein weiches Schlußwort ließ die Schwestern hören. Da gellte ihr Lachen auf. Ein hübsches, ge-
meines Lachen, das die Stille zerbrach.

„Was sagst Du, befohlenes Schwestern?“

„Sie kommen — sie kommen — nun geht es zum Kampf — dem Kampf — dem Kampf —“

„Nur immer weiter — warum kommen sie so?“
„Und das Blut prillt, fließt hinab an den Säulen.“
„Schreien — die Augen quellen hervor —“
„Wohin trit und groß — brechen — sie kommen —“
„Sie kommen immer noch —“
„oder ist es das eigne Blut in den Ohren?“

Als die Zeit aufgetrieben war, fanerte das Licht am Boden und flüchte die roten langgestrichelten Stoffe. Und als sie ihm folgten, er habe die Fremde gemerkt, da lächelte er geheimnisvoll — und wollte, als sie ihm die roten, blutroten Stoffe nahmen.

Reisebeichte

Von Pauli Gretschmar.

Wenn wir etwas oberflächlich die Geschichte des Buchdrucks den Schwestern zusehen, so ist dies eine Geschichte ungeliebter, da es sich nicht um die Geschichte der Buchdruckerei handelt, die die Schwestern mit sich bringen. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen.

Die ersten Drucke waren, ganz ähnlich den Briefen (nur ein wenig geprügelt), die Schwestern, die auf einer Seite des Blattes. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen.

Von 1450 bis 1500 entstanden in ganz Europa Druckereien. Der Buchdruck war größer als die Erfindung Amerikas oder die Reformen. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen.

Die Schwestern waren die drei Hauptkräfte der Buchdruckerei. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen.

Der Vater des technischen Zeitalters

Leonardo da Vinci, wohl das größte Universalgenie, das je gelebt hat, ist in erster Linie als Künstler berühmt geworden; seine ungenutzte Bedeutung für die Entwicklung der Wissenschaften kommt der Wissenschaft erst jetzt mehr zum Bewusstsein, da seine folgende im bezogenen Zusammenhang stehenden Leistungen in größerem Umfang herausgegeben werden und sich die Wissenschaft mit dieser Seite seines Schaffens mehr und mehr befaßt.

Die Schwestern waren die drei Hauptkräfte der Buchdruckerei. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen.

Die Schwestern waren die drei Hauptkräfte der Buchdruckerei. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen.

Die Schwestern waren die drei Hauptkräfte der Buchdruckerei. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen.

Die Schwestern waren die drei Hauptkräfte der Buchdruckerei. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen.

Die Schwestern waren die drei Hauptkräfte der Buchdruckerei. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen.

Die Schwestern waren die drei Hauptkräfte der Buchdruckerei. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen.

Industrie und Technik

Die Schwestern waren die drei Hauptkräfte der Buchdruckerei. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen.

Die Schwestern waren die drei Hauptkräfte der Buchdruckerei. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen.

Die Schwestern waren die drei Hauptkräfte der Buchdruckerei. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen.

Die Schwestern waren die drei Hauptkräfte der Buchdruckerei. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen.

Die Schwestern waren die drei Hauptkräfte der Buchdruckerei. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen.

Die Schwestern waren die drei Hauptkräfte der Buchdruckerei. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen.

Die Schwestern waren die drei Hauptkräfte der Buchdruckerei. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen.

Die Schwestern

Die Schwestern waren die drei Hauptkräfte der Buchdruckerei. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen.

Die Schwestern waren die drei Hauptkräfte der Buchdruckerei. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen.

Die Schwestern waren die drei Hauptkräfte der Buchdruckerei. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen.

Die Schwestern waren die drei Hauptkräfte der Buchdruckerei. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen.

Die Schwestern waren die drei Hauptkräfte der Buchdruckerei. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen.

Die Schwestern waren die drei Hauptkräfte der Buchdruckerei. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen.

Die Schwestern waren die drei Hauptkräfte der Buchdruckerei. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen.

Der Band und Seiten

Die Schwestern waren die drei Hauptkräfte der Buchdruckerei. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen.

Die Schwestern waren die drei Hauptkräfte der Buchdruckerei. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen.

Die Schwestern waren die drei Hauptkräfte der Buchdruckerei. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen.

Die Schwestern waren die drei Hauptkräfte der Buchdruckerei. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen.

Die Schwestern waren die drei Hauptkräfte der Buchdruckerei. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen.

Die Schwestern waren die drei Hauptkräfte der Buchdruckerei. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen.

Die Schwestern waren die drei Hauptkräfte der Buchdruckerei. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen. Die Geschichte der Buchdruckerei ist eine Geschichte der Buchdruckerei, die die Schwestern mit sich bringen.

Magdeburger Angelegenheiten

Die neue Portoverhöhung

Der Arbeitsausschuß des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost hat am Dienstag die Gebührenvorlage der Post erledigt. Ueber den Inhalt der Beschlüsse wird amtlich folgendes mitgeteilt:

Der Arbeitsausschuß hat die Erhöhung der Ortsbriefgebühren für Orte mit über 100 000 Einwohnern auf 15 Pf. abgelehnt, dagegen das Ortsbriefporto allgemein auf 10 Pf. (anstatt der vorgelegenen 8 Pf.) festgesetzt. Er hat ferner beschlossen, dem Plenum des Verwaltungsrats folgende wichtigeren Gebührenvorschläge:

Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 10 Pf., Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 15 Pf., Postkarten im Ortsverkehr 5 Pf., Postkarten im Fernverkehr 8 Pf., Drucksachen in Form einfacher Karten 3 Pf., Drucksachen bis 50 Gramm 5 Pf., Geschäftspapiere, Warenproben und Weichendungen bis 250 Gramm 15, Päckchen bis 1 Kilogramm 40 Pfennig.

Für Pakete werden an Stelle der bisherigen drei Zonen fünf eingeführt.

1. Zone bis 75 Kilometer Gebühr bis 5 Kilogramm 50 Pf., für jedes weitere Kilogramm 10 Pf.
2. Zone über 75 Kilometer bis 150 Kilometer Gebühr 60 Pf., für jedes weitere Kilogramm 20 Pf.
3. Zone über 150 Kilometer bis 375 Kilometer Gebühr 80 Pf., für jedes weitere Kilogramm 30 Pf.
4. Zone über 375 Kilometer Gebühr 80 Pf., für jedes weitere Kilogramm 40 Pf.
5. Zone über 750 Kilometer Gebühr 80 Pf., für jedes weitere Kilogramm 50 Pf.

Die Bestimmung, daß bei Benutzung von Wertzeichengebern Postkarten zum Nennwert von 8 Pf. für 10 Pf. abgegeben werden können, soll dahin abgeändert werden, daß bei Wertzeichengebern zwei Postkarten zu 8 Pf. für 15 Pf. abgegeben werden.

Im Postschekverkehr sollen die Gebühren betragen für Einzahlungen mit Zahlkarte bei Beträgen bis 10 Mark wie bisher 10 Pf., von mehr als 10 Mark bis 25 Mark 15 Pf., von mehr als 25 Mark bis 100 Mark 20 Pf., von mehr als 100 Mark bis 250 Mark 25 Pf.

In den folgenden Stufen bis 1250 Mark bleiben die Gebührensätze unverändert. Die Ueberweisungen von einem Konto auf ein anderes bleiben gebührenfrei, die Auszahlungsgebühren bleiben unverändert. Für die Briefe der Postschekkunden an die Postschekämter in Postschekangelegenheiten bei Verwendung der besonderen gelben Briefumschläge eine Gebühr von 5 Pfennig, für das Ausfertigen des Kontoauszuges 5 Pfennig.

Die Wortgebühren für gedruckte Inlandstelegramme soll im Ortsverkehr 8 Pfennig, im Fernverkehr 15 Pfennig betragen.

Die Postgebühren werden um ein Drittel und noch mehr, besonders im Fernverkehr, verteuert. Den Forderungen der Postverwaltung steht der Protest des Reichstags gegenüber; er wird durch vertrauliche Besprechungen der Reichstagsparteien natürlich nicht aus der Welt geschafft. Die „Wirtschaft“, deren Führer im Verwaltungsrat der Reichspost das letzte Mal so jammervoll versagt haben, hat ebenfalls ihren Einspruch angemeldet. Eine Regierung, die trotz dieser Warnungen und Proteste aus engstirnigen fiskalischen Erwägungen heraus der Wirtschaft eine neue Last von einer viertel Milliarde auferlegt, wird sich darüber nicht wundern dürfen, wenn sie im Parlament auf schärfste Kritik und Opposition stößt.

Bauarbeiterchutz

Von der Bauarbeiterchutzkommission wird uns geschrieben: Seit langen Jahren haben die Bauarbeiter Magdeburgs die Forderung auf Anstellung von Bauarbeiterchutzkontrolloren aus Arbeiterkreisen gestellt. Die mangelhafte Kontrolle der Baupolizei und die noch seltener Kontrolle der Berufsgenossenschaft haben immer wieder von neuem Anlaß gegeben, dem Magistrat der Stadt die Forderung auf Anstellung von unterbreiten. Aus Sparmaßnahmsgründen ist die Anstellung von Kontrolloren, die nur die Arbeiterchutzbestimmungen zu überwachen haben, unterblieben. In jeder Woche verdrängen die Zeitungen über Unfälle auf Bauten. Die Zahl der Unfälle, die auf mangelnde Ausrüstung oder auf Nichterhaltung der Unfallverhütungsvorschriften zurückzuführen sind, mehren sich mit zunehmender Bautätigkeit von Woche zu Woche. Nur eine durchgreifende Kontrolle kann diese Mißstände beseitigen. Die Bauarbeiterchutzkommission hat nun in dieser Frage einen kleinen Erfolg zu verzeichnen. Im Frühjahr wurde an den Magistrat erneut der Antrag auf Anstellung von zwei Arbeiterchutzkontrolloren gestellt. Sehr lange haben die Beratungen darüber gedauert; über diesen wichtigen Antrag konnte sich der Magistrat nicht wieder hinwegsetzen. In einem Schreiben der städtischen Baupolizei vom 18. Juli wird der Bauarbeiterchutzkommission mitgeteilt, daß die Stelle eines Baukontrollors für die Beaufsichtigung der Bauten zur Einhaltung der Arbeiterchutzbestimmungen geschaffen ist. Die Tätigkeit soll mit dem 23. August aufgenommen werden. Die Aufgabe wird einem bisher als Bauaufseher tätigen Beamten übertragen.

Wir begrüßen den Schritt als einen Anfang. In einer Stadt wie Magdeburg mit seiner Ausdehnung wird die Arbeit von einem Kontrollor nicht geleistet werden können. Die Tätigkeit des Kontrollors wird sich in kurzer Zeit als dankbar erweisen. Vorbeugende Kontrolle wird viele Unfälle verhüten, die familiären Verhältnisse auf den Baustellen, in den Bauhöfen und Aborten verbessern. Die Diätung der Winterbauten ist zum Schutze der Bauarbeiter eine so wichtige Maßnahme, und kann nur durch eingehende Kontrolle durchgeführt werden.

Das Mängelmaterial ist auf vielen Baustellen in einem sehr schlechten Zustand. Die Abdeckung der Balkenlagen wird auf vielen Baustellen ganz mangelhaft durchgeführt, ohne jede Abdeckung sind Wohnhäuser gerichtet, ohne daß die strahlende Hand eingegriffen hat. Der Arbeiterkontrollor wird hier eine große Aufgabe vorfinden, nur durch strenge Kontrolle und festes Zutreten können die Verhältnisse gebessert werden. Im Dachdeckerberuf ist es mit der Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften geradezu hofflos; hier ist ein großes Arbeitsfeld; nicht nur die Beschäftigten, sondern auch der an solchen Arbeitsstellen vorbeigehende Bürger braucht die Kontrolle. Die Zahl der Verletzten steigert sich ständig in diesem Gewerbe.

Der erste Schritt ist getan, wir werden unsere Bemühungen für vermehrten Arbeiterchutz weiter fortsetzen. Magdeburg darf auch bei dieser Aufgabe nicht an letzter Stelle stehen.

Republikanisches Jugendfest

Der Ortsverein Groß-Magdeburg des Reichshannovers Schwarz-Rot-Gold veranstaltet am Sonntag den 24. Juli ein republikanisches Jugendfest. Im Rahmen desselben wird zum dritten Male der Bannerwettkampf um das Schützensportbanner des Ortsvereins ausgetragen. 14 Mannschaften werden in helldem Wettkampf auf dem grünen Rasen und die Palme des Sieges kämpfen. Verleibiger des Banners ist die Abteilung Wilhelmstadt. Das Programm sieht vor: Die Abteilungen marschieren geschlossen aus ihren Standquartieren zum Staatsbürgerplatz, und zwar so, daß sie 15 Uhr dort eintreffen. Hier schießen sie sich der Jugendabteilung, die 14.30 Uhr von der „Wilhelma“ abmarschiert, an. 16 Uhr marschieren auf der Madrennbahn das Spielertorps Groß-Magdeburg sowie sämtliche Fahnen des Ortsvereins ein. Die Jugend stellt eine lebende Schrift „Frei Sport!“ nach der Begrüßung

Briefe an die „Volksstimme“

Kinderhorte während der Ferienzeit.

Liebe „Volksstimme“!

Kinderhorte — früher hießen diese Einrichtungen Kinderbewahranstalten — haben doch den Zweck, daß Eltern, welche tagsüber durch Arbeit der Hauslichkeit fern sein müssen, die Gewißheit haben, ihre Kinder in den Ferien vor körperlichem Schaden bewahrt zu wissen. Es sind aber im Laufe des Jahres eine ganze Anzahl Lager — in den großen Ferien kommen 4 Wochen in Frage — wo diese Kinderschutzeinrichtungen einfach geschlossen werden. Wo sollen denn nun die Kinder während dieser Zeit untergebracht werden? Anderweitig in Pflege geben! Wer macht denn auf Tage bzw. Wochen solche Notausflüge? Oder meinen die für die Kinderhorte verantwortlichen Personen, daß die Mütter in ihren Arbeitsstätten nur auf Gastrolle beschäftigt werden, die ganz willkürlich auf Tage oder Wochen ihr Arbeitsverhältnis unterbrechen können? Offenbar kann sich die Leitung derartiger Anstalten in Eltern nicht hineinreden, die ihre Kinder infolge dieser Ferientage mehr oder weniger den Gefahren der Straße preisgeben müssen. Es ließe sich dieser mißliche Zustand bei einigermaßen gutem Willen leicht ändern, denn: Wo ein Wille, ist auch ein Weg. Es dürfte sich vielleicht so regeln lassen, daß während dieser freien Tage eine Vertreterin die Aufsicht über die Kinder übernimmt. Die Eltern müssen ja sowieso jede Woche einen gewissen Betrag zahlen; aus diesen Beträgen könnte die Vertreterin entlohnt werden. Jedenfalls müßten sich die „Stadtäter“ dieser Sache annehmen. Im allgemeinen haben wir zuwenig solcher Schutzeinrichtungen für Kinder.

Wucher mit möblierten Zimmern.

Liebe „Volksstimme“!

Zeit Wochen liße ich mit meiner Frau zusammen und beratschlagte, wie es möglich ist, mit der Erwerbslosenunterstützung, die pro Woche 17,40 Mark ausmacht, durchzukommen, nachdem ich für das von mir, meiner Frau und einem Säugling bewohnte möblierte Zimmer die Miete bezahlt habe. Es bleiben nämlich nach Erfüllung dieser Pflicht für uns drei Personen noch genau 5,40 Mark. Davon sollen wir uns ernähren und auch unsere Kleidung in Ordnung halten.

Die Schuhsohlen sind durchgelaufen, und der Anzug, den ich Tag für Tag tragen muß, (der andre mußte nach dem Reifhaus wandern), ist so glänzend schäbig, daß man mir, sobald ich um Arbeit anfrage, immer mißtraut, und nie mehr als eine verlegene Vertuschung finde.

Unsre Rechnung hat einen großen Posten: Miete 12 Mark pro Woche.

Der Vermieter fordert, was er will. Er kann auch seine Wohnung in ein kleines Hotel umwandeln: wie es bei meinem Vermieter der Fall ist. Ich will jedoch gleich erwähnen, daß es mir nicht nur in meiner jetzigen Wohnung so geht, sondern überall, wo ich bisher, zum Teil noch als Junggeheile, wohnte, waren noch mindestens zwei andre Räume ebenfalls abvermietet. Die Wohnungsinhaber beschränken sich auf den kleinsten Raum und schlafen lieber auf dem Boden, weil ja das Geschäft des Abvermietens ein bequemeres und besonders günstiges ist.

Einnahmen aus den abvermieteten Räumen bringen manchem Wohnungsinhaber monatlich 150 Mark ein. Wer nicht bezahlen kann, wird an die frische Luft gesetzt. Ich war gewissermaßen froh, daß ich dieses Zimmer bekam, ist es doch monatlich um 2 Mark billiger als das, welches ich vorher bewohnte. Ehepaare mit Kindern sind bei Abvermietern so ungern gesehen wie nur sonst etwa. Man muß sich schon halb aufs Betteln berufen, wenn man überhaupt ein Unterkommen finden will. Aber ist es nicht eine Schande,

daß Menschen, die monatlich eine Einnahme von 240 Mark haben, von einem Erwerbslosen 48 Mark Miete fordern, so daß ihm zum Leben für den ganzen Monat 21,60 Mark bleiben, die er mit Frau und Kind teilen muß? Ich kann nicht dafür, daß meine Frau seit ihrer Entbindung bisher noch nichts andres essen konnte als Kartoffeln und Zwiebeln oder gering und sonst am Tage ein Stück Brot, mit der ordinärsten Margarine bestrichen.

Warum dürfen die Inhaber größerer Wohnungen mit ihren räumlischen Wucher betreiben? Wenn eine drei- oder zweiköpfige Familie sich mit einer Küche und einem finstern Loch als Schlafkammer begnügen und auf Kosten der Bedrängtesten ein feines Leben führen kann, dann können doch diese Leute, die ja an Hand der kürzlich erfaßten Wohnungslisten leicht festzustellen sind, einfach zwangsläufig in eine kleine Wohnung gebracht werden, und zwei Familien, die in der gleichen Lage sind wie ich, teilen sich in die frei gemordene Wohnung, für mich sowie für viele, viele andre würde das eine Ersparnis von wöchentlich 7 Mark bedeuten. Ich höre sogar, daß ich noch billiger wohnt!

Wenn nun in allerhöchster Zeit eine allgemeine Steigerung der Miete für Wohnungsinhaber kommt, so werden letztere nicht veräumen, die Mehrkosten auf ihre Untermieter umzuladen, jedoch mit dem Unterschied, daß nicht nur die dem Wohnungsinhaber entstehenden Mehraufwände proportional auf die einzelnen Untermieter verteilt werden, nein, er wird von seinen Untermietern die 10 oder 20 Prozent Erhöhung auf den Zimmerpreis fordern.

Ob sich aber die Regierung, die uns mit Böllen auf die nötigen Lebensmittel (siehe Brot und Kartoffeln) und mit Mieteerhöhungen beehrt, bereit finden wird, die Erwerbslosenunterstützung auch um so hohe Prozente zu erhöhen?

Ich bitte dich, liebe „Volksstimme“, diese Zustände bekanntgeben zu wollen.

Fridericus in grauer Morgenkunde.

Liebe „Volksstimme“!

Ich wohne in der Altstadt, in deren Straßen es auch nichts niemals ganz ruhig ist. Zu nahe ist der breite Weg mit seinen Vergnügungstätten, die erst spät schlafen. In der Nacht zum Montag wurde ich bis um 4 Uhr morgens durch heimgelohende betrunkene Nachtmünder im Schlafe gestört. Die Nacht zum Dienstag war dafür besonders ruhig verlaufen. Jedoch in der letzten schönsten Stunde des Schlummerens, genau um 4 1/2 Uhr, weckte mich plötzlich Militärmusik. Es war der Fridericus-Marsch, der von unten ertönte, und wie ich wütend aus dem Bette heraus ans Fenster sprang, sah ich Reichswacht in Stahlhelm und in voller Ausrüstung marschieren.

Wenn das nicht nächste Kuhesörung ist, so gibt es keine, sagte ich mir. Es müßte doch einmal festgestellt werden, ob das Militär auch in der Republik noch das Vorkrecht hat, mit dem Staatsbürger nach Belieben umzuwringen. Schleunigst zog ich mich an und ging auf die Straße, um die Nummer des Truppenteils festzustellen. Leider konnte ich die Reichswacht nicht mehr einholen, doch erfuhr ich von den ersten zur Arbeitsstätte gehenden Männern, daß es anscheinend aus dem Unwettergebiet zurückgekehrte Pioniere gewesen seien. In der Otto-von-Guericke-Straße seien die Pioniere noch ohne Musik marschiert, doch an der Ecke der Großen Münzstraße wurde ihnen das Zeichen zum Fridericus-Marsch gegeben, wahrscheinlich weil in dieser Straße das Haus der Arbeiterzeigung steht. Ueber den Marktplatz und dann den Johannisberg hinunter marschieren die Soldaten, und weiter über die Büdchen, wohl nach der Kaserne. Mit Empörung berichteten mir die Arbeitergenossen, daß auch sie die monarchistische Musik gehört hätten.

Ein Altstädter.

durch den Ortsvereinsvorsitzenden, Kameraden Lange, wird der Reichstagsabgeordnete Gustav Fiel durch eine Ansprache den Bannerwettkampf eröffnen. Die technische Leitung der Wettkämpfe liegt in den Händen der Kameraden Ellermann und Gieseler (Magdeburg) vom Arbeiter-Turn- und Sportbund.

Der gesamte Bundesverband sowie sämtliche Gaubereiche aus dem Reich, die an diesem Tage zu einer Reichskonferenz in Magdeburg anwesend sind, nehmen an der Veranstaltung teil. Der Eintrittspreis auf der Madrennbahn beträgt 20 Pfennig. Um 20 Uhr abends findet in der „Wilhelma“ die Abendveranstaltung statt. Eine besondere Ueberraschung wird hier durch die Propaganda-Abteilung des Reichshannovers Schwarz-Rot-Gold, Abteilung Lichtbild-Gildien, geboten. In den wunderbar gelegenen Gebirgsanlagen werden nach Einbruch der Dunkelheit die Ereignisse des 24. Juli im Lichtbild gezeigt. Hoffentlich hat der Wettergott ein Einsehen und setzt zu diesem Tage das vorzüglichste gute Reichshannoverwetter fest, damit die Veranstaltung sich zu einer wirkungsvollen Kundgebung für die Republik gestalten.

Besserer Schutz vor Verbrechen

Das Polizeipräsidium beabsichtigt die Einrichtung einer Polizeijugend an moderner Art für Magdeburg. Die Anlage hat den Zweck, eine wesentliche Erhöhung der Sicherheit dadurch herbeizuführen, daß jedes Geschäft, jedes Unternehmen und jede Privatperson durch Anschluß an das Polizeinetz in der Lage ist, polizeiliche Hilfe durch Alarmierung des Lichtschallkommandos auf unmittelbarem Wege herbeizuholen. Dabei kann der Hilferuf selbständig oder mit der Hand bewirkt werden.

Die Anlage hat weiter den Zweck, eine wesentliche Erhöhung der öffentlichen Sicherheit dadurch herbeizuführen, daß Polizeiposten und -streifen auf der Straße die Möglichkeit gegeben wird, bei Gefährdung öffentlicher und privater Interessen (z. B. Verkehrshindernissen, Unruhen und dergleichen) unmittelbar von der Straße aus durch den Polizeimelder Meldung an das Ueberfallkommando zu erteilen, um das dort mit schnellem Kraftwagen Tag und Nacht bereitstehende Ueberfallkommando herbeizurufen bzw. mit dem zuständigen Polizeirevier eine telephonische Verständigung herbeizuführen zu können. Die Vorarbeiten für diese Anlage werden unermüßlich in Angriff genommen. In einer Reihe moderner Großstädte sind in der letzten Zeit derartige Anlagen mit großem Erfolg in Betrieb genommen worden, in vielen andern Städten sind ähnliche Anlagen zurzeit teils im Bau, teils geplant.

Zur Mordnacht Böhms

Im Besitz der ermordeten Frau Böhms haben sich eine Uhr, diese Uhr ist nirgends zu finden. Wohl aber hatte die Leiche eine Uhrfette um, deren Karabinerhaken leer war. Es handelt sich um folgendes Werkstück: eine alte einfache Damen-Schlüsseluhr in Gold (Stempel 14 Karat hinter dem ersten Deckel), mit römischen schwarzen Zahlen, ohne Sekundenzeiger, mit gelben Zahlenzeigern. Der Zeiger war heller als der andre, mit schmalen goldenem Glasrand, Deckel hinten graviert, muschelförmig und abgetragen. Der zweite Deckel war ohne Bezeichnung. Einfaches Zylinderwerk. Goldschmelzwert etwa 4 bis 5 Mark.

Weiter wird vermütet ein goldenes (vielleicht auch Dublee-) Armband, das aus einer Herrenuhrfette gefertigt ist. Nähere Beschreibung kann nicht gegeben werden.

Die Frau Böhms hatte am 15. Juli ein Paket durch die Post erhalten. In diesem Paket befanden sich zwei Hund-Päckchen aus Weißblech. Der Inhalt war Marmelade, und zwar in der einen war Kirsch- und in der andern Erdbeermarmelade. Dies war durch in die Büchse eingetragene kleine Nachhaken E und K kenntlich gemacht. Diese Päckchen sind nicht zu finden.

Es steht ohne allen Zweifel fest, daß Frau Böhms am 15. Juli, 12 Uhr mittags, den Besuch einer männlichen Person gehabt hat. Als einer um diese Zeit bei Frau Böhms vorbeigehenden Frau von der Ermordeten die Tür geöffnet wurde, sah dieser Besucher auf einem Stuhl am Ofen zwischen dem ersten und zweiten Wohnzimmer der Böhmschen Wohnung. Er wird beschrieben als ein circa 40 Jahre alter Mann mit anscheinend blondem vollem Haar und anscheinend vollem rundem Gesicht. Er hatte einen dunkeln guten Anzug an. Dieser Besuch wird dringend aufgefordert, sich zu melden. Er kann vielleicht außerordentlich wichtige Angaben machen und zur Aufklärung der Tat beitragen.

Alle Nachrichten an das Polizeipräsidium, Mordkommission zur Sache Böhms, Fernsprecher: Kriminalkommissar Cracau oder Fernsprecher: Kriminalbauernamt.

Vom Wochenmarkt. Markttag im Hochsommer stehen im Zeichen des Beerenobstes und des jungen Gemüses. Die feuchte Witterung des Jahres hat in Verbindung mit der Wärme der letzten Wochen quantitativ Ernten erziehen lassen, die eigentlich stärkere Rückgänge der Preise hätten zur Folge haben müssen. Leider ist das nicht der Fall. Und Zeiten, wo man sich für wenige Pfennige in den Tagen der Beerenreise an den verschiedenen Früchten satt essen konnte, scheinen auch im Zeichen der günstigsten Ernte unwiederbringlich dahin zu sein. Zimmerhühner waren aber gegenüber den letzten Markttagen für junges Gemüse und Obst einige Preisrückgänge zu verzeichnen. Der Markt war bei dem zwar trüben, aber trocknen Wetter ebenso gut besucht wie bestrahlt. Auf dem Gemüsemarkt konnte man neue Kartoffeln das Pfund für 8-9 Pf. erziehen, 5 Pfund 40 Pf. und 10 Pfund 75 Pf. Der Kopf Wirtungskohl kostete 25-30 Pf., Weißkohl 15-20 Pf., Rotkohl 20-25 Pf., Karotten waren für 15 Pf. das Pfund zu haben. Für grüne Bohnen betrug der Preis pro Pfund 55 Pf., für Wachsböhen 60 Pf. pro Pfund. Kohlrabi kostete das Stück 5, zwei Stück 15 und die Mandel 60 Pf., Schoten das Pfund 10 Pf. und zwei Pfund 25 Pf. Alte Zwiebeln 18 Pf. und neue 10 Pf. Grüne Gurken zwei Stück 15 Pf., Kopfsalat drei Kopf 10 Pf., Radisehen pro Pfund 10 Pf., Wirsingkohl der Kopf 10 Pf. Außerordentlich groß war die Anfuhr an Beerenobst. Kirschchen kosteten 40-45 Pf. das Pfund, Stachelbeeren 30 Pf., Heidelbeeren 35-45 Pf. und Himbeeren 50 bis 60 Pf. Tomaten das Pfund 30 Pf. Gute Pfirsichlinge konnte man für 25 Pf. das Pfund haben. Auf dem Fleischmarkt waren die Preise ziemlich dieselben geblieben. Das Pfund Rindfleisch kostete 1,- bis 1,40 Mark, Schweinefleisch 1,20 Mark, Kalbfleisch 1,- bis 1,20 Mark und Hammelfleisch 0,80 bis 1,- Mark. Leber 1,- Mark. Rotwurst 1,- Mark und Leberwurst 1,20 Mark. Sülze 1,10 Mark, Bratwurst 1,60 Mark und Hämmer 1,- Mark das Pfund. Der Fischmarkt bot das übliche Bild. Schellfisch betrug der Preis 40 Pf. das Pfund, für Gedte 80 Pf., für Flussschach 1,- Mark und lebende Kalle kosteten 2,- bis 2,20 Mark pro Pfund. Auf dem Geflügelmarkt konnte man Entenfüßen für 1,60 Mark, Hühner zum Schlachten für 1,- bis 1,15 Mark, Hühner zum Schlachten 0,90 bis 1,10 Mark und Tauben für 0,80 bis 1,- Mark das Stück erziehen. Gute Bauernbutter kostete 85 Pf. gegenüber Molkereibutter mit 95 Pf. Eier waren für 12 Pf. pro Stück zu bekommen.

Die „Königin der Nacht“ in Blüte! Bei dem Weßker Hermann Schröder, Köpferstraße 3a, blüht in der Nacht zum 21. Juli ab 8 Uhr abends die wunderbare „Königin der Nacht“. Es kommen in diesem Jahre vier Blüten zur Entfaltung. Allen Gartenliebhabern möchten wir deshalb empfehlen, sich diesen herrlichen Anblick nicht entgehen zu lassen. Der Besitzer stellt die Blume in seinem Vorgarten aus und ladet Interessenten freundlich ein.

Stimmen über Wien

„Berliner Tageblatt“

Das „Berliner Tageblatt“ hat Rudolf Elden als Sonderkorrespondent nach Wien geschickt, der von dort am 19. Juli unter anderem schrieb:

Wie ist alles gekommen? Am 30. Januar war jener Zusammenstoß in der Nähe der ungarischen Grenze, bei dem reaktionäre Frontkämpfer in den Republikanischen Schutzbund hineinschoßen und zwei Tote auf dem Platz blieben. Am Donnerstag den 14. Juli wurde nach neuntägiger Verhandlung das unverständliche Urteil des Schwurgerichts gefällt, das die Anklage von jeder Schuld völlig freisprach, sogar die Uebertragung der Notwehr und die Gefährdung der Sicherheit des Lebens der Getöteten verneinte. Am Freitag früh brachte die „Reichspost“, das offizielle Organ der Christlichsozialen Partei und also auch des Regierungschefs Seipel, Worte, die man kaum fassen kann: „Die Geschworenen entschlossen sich zu einem Freispruch, um der Gerechtigkeit ebenso wie dem Gewissen und Rechtsempfinden der gesitteten Bevölkerung Genüge zu tun.“ Aber so unverständlich dieses überschwängliche Lob eines Urteils ist, das einem Mordbruch gleich behandelt werden muß, so entspricht es doch nur der Haltung, die das Volk während der Dauer des Prozesses eingenommen hatte. Die Erregung, die die Arbeiterschaft nach dem Freispruch erfaßte, hat diese Haltung des christlichsozialen Organs unzweifelhaft außerordentlich gesteigert. Wenn man nach der Schuld an den späteren Ereignissen fragt, so ist es unmöglich, daran vorbeizugehen.

Schon in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag kamen Abordnungen von Betriebsbelegungen in das Haus der sozialdemokratischen Parteileitung und erklärten, als Ausdruck des Protestes streiken und demonstrieren zu wollen. In der Spontanität dieser Absicht ist ein Zweifel völlig ausgeschlossen. Es ist das vierte Mal, daß Arbeiter von Mitgliedern reaktionärer Bünde getötet wurden, ohne daß eine gerichtliche Sühne möglich war. Darum war dieser Prozeß von den Arbeitern mit fieberhafter Spannung verfolgt worden. Hätte die sozialdemokratische Partei selbst zu einer Demonstration aufgerufen, wären die Ordner des Republikanischen Schutzbundes am Freitag früh auf der Ringstraße gewesen, dann wäre gewiß auch diesmal der Aufmarsch der Arbeiter ohne Zwischenfall verlaufen, wie das hundertmal bei Aufbietung der größten Menschenmassen der Fall war. Nur deshalb, weil ein „wider“ Streik, eine Demonstration ohne Leitung durch die Partei vorlag, konnte das furchtbare Unglück geschehen.

Es ist unendlich schwer, sich nachträglich ein Bild von den Vorgängen des Freitags zu machen. Unmöglich, zu einem Urteil darüber zu kommen, wer die Schuld trägt. Es widerspricht absolut allen Erfahrungen, die man jemals in Wien gemacht hat, daß Arbeiter darangehen, öffentliche Gebäude in Brand zu stecken. Es ist auch das erste Mal, daß die Wiener Polizei mit Säbeln in Menschenmassen hineinschießt. Beides Ereignisse, die heute noch unangenehm, ja unerklärlich sind, die dem Charakterbild Wiens in keinem Zuge gleichen. Daß die sozialdemokratische Partei alles aufbieten mußte, um die Bewegung in die Hand zu bekommen, war selbstverständlich. Der Generalstreik war das von ihr dazu gewählte Mittel. Er wurde nach der Anordnung der Parteifunktionäre durchgeführt und dauerte genau, wie angefragt, einen Tag lang. Rüntlich am nächsten Sonntag morgen fuhren die Trambahnen wieder; die lebenswichtigen Betriebe, wie vor allem das Elektrizitätswerk, waren überhaupt aufrechterhalten geblieben. Mit dem Eintagsstreik, der die Parteidisziplin im besten Licht erscheinen ließ, hatte die Partei die Arbeiter wieder in der Hand. Auch die Aufstellung der Gemeindefahrmache, die am Sonntag, als die Polizei schwer erschöpft war, ihren Dienst begann, war ein durchaus geeignetes Mittel für die Verhütung und nicht nur ein tatsächlicher Erfolg der sozialdemokratischen Partei. Es gehört zu den Unbegreiflichkeiten dieser Tage, daß nachher regierungsoffiziell erklärt wurde, die Gemeindefahrmache sei ohne Einverständnis mit der Polizei zusammengegerufen worden, da es feststeht, daß sie nicht nur selbst einen Teil der Waffen für sie geliefert hat, sondern auch Polizeimachtleute teilweise niedrige Kommandostellen übernahmen.

Was dann folgte, hat die Situation von neuem verschärft. Mögen kommunistische Hefer, wie es behauptet wird, wenn auch noch nicht erwiesen ist, bei den Ereignissen des blutigen Freitags eine verhängnisvolle Rolle gespielt haben, so bleibt doch bestehen, daß die Opfer ausnahmslos, wie es scheint, sozialdemokratische Arbeiter waren; darunter sicher sehr viel, die an den Brandstiftungen und den Angriffen auf die Polizei gar keinen Anteil hatten. Die Erbitterung der gesamten Arbeiterschaft war auch Sonntag noch riesengroß, noch nicht im geringsten beschwichtigt. Diese Erbitterung zwang die Parteileitung geradezu zu weiteren Aktionen. Es war ihr nicht möglich, abzuwarten, sondern den Zeitpunkt zu bestimmen. Das war die Lage am Sonntag bei der großen Versammlung der sozialdemokratischen Vertrauensmänner Wiens. Ein anderes Mittel als das der Fortsetzung des Verkehrsstreiks schien nicht gegeben. Sie wurde unter allgemeiner enthusiastischer Zustimmung beschlossen. Eine Sühne für das furchtbare Blutvergießen mußte gefunden werden. Seipel oder wenigstens der Polizeipräsident Schober sollten fallen.

Es wäre der sozialdemokratischen Partei leicht gewesen, die Arbeiterherrschaft über Wien und in den anderen Industriezentren zu begründen, den Bürgerkrieg im übrigen Land zu entfesseln. Aber das ist keineswegs ihr Ziel. Im Gegenteil: sie will Ordnung, die Eroberung der Macht durch den Stimmzettel auf parlamentarischem Wege. Diese Verantwortung legt ihr schon die Zahl ihrer Anhänger auf. Sie will nur demokratischen Kampf und kann auch nichts anderes wollen.

Es bleibt anzuerkennen, daß die politischen Führer so schnell den Entschluß faßten, auf parlamentarischen Wegen zurückzuführen. Das war ein Akt der Selbstüberwindung, dem niemand die Bewunderung versagen kann. Heute haben sich diese Radikale innerhalb der Partei von ihr abgewandt. Die Führer wissen das genau, aber sie haben ohne Rücksicht darauf gehandelt, frei von Eitelkeit, mit großer geistiger Klarheit, so wie die Verhältnisse es verlangten. Der Freitag war ein Ereignis ohne Vorläufer, außerhalb jeder Tradition, ein furchtbarer Ausbruch der Erregung, aber nichts anderes als das. Vermieden ist durch die Katastrophe dieses einen Tages nur, daß die sozialdemokratische auch hier nur mit demokratischen Mitteln kämpfen will und kämpfen kann. Weil in Schattendorf leichtfertig auf zwei Menschen geschossen worden ist, wurden hunderte Menschenleben vernichtet. Die Grundlagen Österreichs sind nicht verändert; aber die Taten des Freitags können nicht schnell vergessen werden. Auf lange Zeit hinaus ist die Politik dieses Landes vergiftet.

Führung der Polizei

Ueber die Führung der Polizei an dem verhängnisvollen Freitag wird dem „Berliner Tageblatt“ aus Wien berichtet:

Als die Arbeitermassen spontan an den Ring zogen, wurde die Ringstraße, und zwar durch herantretende Polizei, in der Gegend des Burgtheaters abgeriegelt. Es ist das erste Mal seit 1905, daß seit 22 Jahren, daß man demonstrierende Arbeiter nicht in Ruhe über den Ring ziehen ließ.

Einer bestehenden Tradition nach ist die Ringstraße politischen Demonstrationen stets von der Polizei freigegeben.

Der Riegel der Berittenen beim Burgtheater brachte die erste Verwirrung in die Arbeiterreihen, die durchgedrungen waren, um auf der anderen Seite einen Ausweg zu suchen, und zwar bestanden die ersten Gruppen der Demonstranten größtenteils aus Gemeindefunktionären, Leuten, von denen niemand in Wien wird sagen können, daß sie zu unruhigen Elementen gezählt werden können. Die Abriegelung erfolgte bereits in den frühen Morgenstunden, und es kam zu erregten Diskussionen zwischen den sozialistischen Abgeordneten im Parlament und dem örtlichen Führer der Polizeiwache, Hofrat Taub, der seine Anordnungen jedoch aufrecht erhielt.

Nach den Gemeindefunktionären kamen die Arbeiter der Siemens-Schuckert-Werke, die, wie man berichtet, keine Kommunisten sind, sondern meist gelernte Arbeiter, und die den ruhigen Teil der Metallarbeiter repräsentieren. Durch die Abriegelung der Demonstranten von dem Wege, den sie gewohnterweise einschlagen wollten, entstand die erste Verwirrung. Durch die berittenen Wache, die von der anderen Seite herantückte und deren Attacke zuerst die Demonstranten aufreiste, wurde auch der Ausweg nach der anderen Richtung der Ringstraße verlegt. Dadurch kam es, daß ein Wache in der Gegend des Justizpalastes entstand, einem Platte, der sonst nicht zu Demonstrationszwecken verwendet worden ist. Als dort die Menge schon in harter Erregung hinter der Polizei herdrängte, kam es zu einem Konflikt mit der Polizeiwache, die im Justizpalast untergebracht ist. Die Menge griff diese Wache an. So und nicht aus irgendwelchen vorgefassten Absichten ist der Kampf am Justizpalast entstanden.

Auch die ruhigen Beobachter, die viele Stunden des Tages in der Nähe des Cines der Kalaikrothe verbrachten, versicherten mir, daß in den frühen Nachmittagsstunden die Polizei, auf das Schmerzlich Gerührt, in eine Art von Angriffsrausch verfallen sei.

Die Ueberprüfung der Verhafteten ergibt, daß unter den Toten und nachträglich Gestorbenen eine Menge Menschen gewesen sein mußten, die nicht an den Demonstrationen beteiligt waren. So sind Geschäftsleute, Bürgerfrauen, auch halbwüchtige Kinder getötet und verwundet worden, und zwar nicht nur in der Gegend des Justizpalastes und der Ringstraße, sondern in den Radialstraßen, die vom Ring zum Ring führen.

Die Auseinandersetzungen über das Verhalten der Polizei werden zweifellos die nächste Parlamentsitzung mit der örtlichen Erregung erfüllen. Das Verhältnis der Wiener Arbeiterschaft zur Polizei, das bisher ein gutes war und zu dessen Verstärkung vor allem auch die sozialdemokratische Partei stets ihr Möglichstes geleistet hat, ist für lange Zeit vollkommen zerstört. Auch aus diesem Grund erklärt es sich, daß der Bürgermeister Seik an der Anrechterhaltung der von ihm aufgestellten Gemeindefahrmache vorläufig festhält.

„Frankfurter Zeitung“

Von ihrem händigen Korrespondenten in Wien, dessen Urteil über die österreichische Sozialdemokratie wie von freundschaftlichen Gefühlen beeinflusst war, eher ist das Gegenstück, wird der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben:

Die Wiener Schwurgerichtsurteile der jüngsten Zeit hatten schon seit Monaten Bestrebungen, Enttäuschung ausgelöst. Da zerkelt ein Fleischergeißel: Unlückes, wie ein Anatom die eigene Frau, die ihn treulich im Leben geliebt, gequält hat: er wird freigesprochen. Da schreit eine Magare ihren Mann, den berühmten Tenor, ist, weil er sie nicht mit auf die Reize nehmen will: Freispruch. Da legen ein paar Burken im Burgenland, sogenannte Frankkämpfer, die Gewehre auf einen abziehenden Typus republikanischer Schwabkinder an, mit denen es vorher Krach gegeben hat, löten einen Irakiden und einen Anaben: die Geschworenen sprechen auch sie frei. Freispruch über Freispruch. Schon das beweist: diese Stadt ist krank. Das menschliche Leben steht bei Wiener Geschworenen niedrig im Preise. Mörder werden bald aus weiblich weichen Mitleid, bald aus parteipolitischer Gewogenheit freigesprochen, und die blinde Menge leidet sich aus solchen Sprüchen ein neues Unglück des blutigen Freitags wäre nicht geschehen. Die Burken haben keineswegs in äußerster Notwehr, allenfalls in einer gewissen Erregung geschossen. Die Empörung gerade der Arbeiterschaft über die Freisprechung von Tötern, die über zwei Arbeiterfamilien leidenschaftlich schmerzhaftes Unglück gebracht haben, war voll auf begründet.

Was taten nun die Wiener Arbeiter am Morgen nach der nächsten Urteilsverkündung? Sie ließen, wie immer, wenn ein Richter über Wien kommt, von der Arbeit weg auf die Ringstraße. Damit ist die Möglichkeit eines Unglücks immerhin schon gegeben. Die Sozialdemokratie sollte jenen ihre Mitglieder dringend dazu erziehen, nicht wilde Streife zu unternemen, nicht aus noch so begründeter Erregung heraus einfach die Arbeit liegenzulassen, sondern sich ausdrücklich an Demonstrationen, die von der Führerschaft organisiert sind, zu beteiligen. Aber diese Stragenbahner und andre sozialdemokratischen Arbeiter, die als erste auf dem Ring erschienen, führten nicht so viele Fahnen als Schilde. Sie wollten wirklich nur demonstrieren. Sehr aufreizend scheint dann das allzu frühe Einsetzen berittener Polizei gegen die Demonstranten gewirkt zu haben. Als sie schließlich nach dem Justizpalast hin gedrängt worden waren, hatte sich zu den organisierten Sozialdemokraten schon eine undisciplinierte Menge gesellt. Schändel darunter und vorwiegend wilde Kommunisten. Möglich, daß ein berittener Kommunist auch als erster geschossen hat. Welch ein wahrlich unglücklicher Zufall dann der Menge die dumme Idee gegeben hat, den Justizpalast in Brand zu stecken. Wer weiß es? Jedenfalls war plötzlich Benzin genau da, was es gründlich zu befeuern. Die Polizei hat offenbar selbst, was man ihr nicht übersehen kann, mit der Verurteilung nicht gerechnet, daß man den Justizpalast angreifen werde. Sie war nämlich hier zunächst mit viel zu schmalen Formationen zur Stelle.

Aber dann nahm das Unheil so schnell seinen Lauf, daß auch der sozialdemokratische Republikanische Schutzbund, der sich hier wie fast überall redlich um die Rettung der Ordnung bemüht hat, nicht mehr helfen konnte. Jetzt mußten die sozialdemokratischen Führer Wiens eine tragische Erkenntnis erleben: auch sie hatten die Macht über die Massen verloren. Es war schon und selbstmützig vom Bürgermeister Seik, sich auf einen Löschwagen zu stellen und durch das Ansehen seiner imperialistischen Persönlichkeit zu versuchen, wenigstens der Feuerwehr eine Gasse zum brennenden Justizpalast zu bahnen. Aber es war schrecklich, mit anzusehen, wie das rote Wien seinen roten Bürgermeister auslief, ergriffen und ihm der Hut vom Kopfe schlug. Die Bestie war entseffelt. Darf man sich wundern, daß auch auf der anderen Seite, bei der Polizei, so viel feindliche Leute sie heißt, die Bestie erwacht ist, zumal vorher schon Nachjungen angezündet und Schutze erloschen, ja, es heißt, aufgehört worden waren? Leider muß man sagen, daß besonders auch später, beim Räumen des Ringes und der Radialstraßen, die Polizei viel zu rigoros

vorgegangen ist. Die es mitleidet haben, versichern, daß der Krieg nicht schlimmer gewesen sei, und daß sie sich an den Potemkin-Film erinnert gefühlt hätten!

Vielleicht haben im Grunde ortsfremde Elemente gegeneinander gekämpft. Die Polizei ist zu einem guten Teil aus kräftigen Bauernburken der Steiermark, Tirols usw. zusammengesetzt, und die Kommunisten, auch sie gehören größtenteils, wie der Wiener sagt, zu den Zugereisten. Ich habe gestern wohl mit zwanzig Straßenbahnführern und -schaffnern über die Freveltat am Justizpalast gesprochen: keiner, der sie nicht verurteilte und mit der eingehorzten Kunstliebe auch des einfachen Mannes in Wien bedauerte, was für Schätze, von den wertvollen Affen ganz abgesehen, Skulpturen, Deckengemälde, hier vernichtet seien.

Gespräch mit Schober

Die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht ein Gespräch, das ein Wiener Schriftsteller mit dem Polizeipräsidenten Schober hatte.

Frage: „Waren die Ereignisse nach ihrer Ansicht von langer Hand vorbereitet?“

Polizeipräsident Schober: „Ich halte es nicht für wahrscheinlich, daß die Massen, die sicher nur zu einer Demonstration gekommen waren, ohne Führung blieben; nicht einmal Ordner sind diesmal mitgegangen. So wurden die vielen Tausende in den Augenblicken, da sie dringen des Rates ihrer Führer bedurften, allein gelassen, und diese gefährliche Situation benutzten unverantwortliche kommunistische Elemente, um sich an die Spitze der Bewegung zu stellen und die Menge zu jenem Ziele zu führen, das ihnen erstrebenswert schien.“

Für das Verhalten der Polizei glaubt Schober einstehen zu können.

Frage: „Wann wurde der Befehl zu den ersten Schüssen gegeben?“

Schober: „Nachdem ich mit dem Bürgermeister gesprochen und dieser mir mitgeteilt hatte, daß seine Intervention zum Zwecke der Feuerwehration bei der zugeflossenen Menge fruchtlos gewesen sei, sagte ich zu ihm: „Herr Bürgermeister, nach dem Befehl müssen wir jetzt mit der Waffe vorgehen.“ Der Bürgermeister sagte: „Ich bitte Sie, Herr Polizeipräsident, versuchen Sie es noch einmal mit andern Mitteln.“ Ich erwiderte: „Jawohl, das verspreche ich Ihnen, aber wenn es nicht anders geht, dann muß ich die Kommandanten instruieren, von der Waffe Gebrauch zu machen. Es steht alles auf dem Spiele.“

Frage: „Wie verhalten Sie sich zur Gemeindefahrmache?“

Schober: „Sofern sie sich auf die Bewachung der städtischen Gebäude und Objekte bezieht, ist gegen die Stadtmache nichts einzuwenden. Das Gesetz hat aber die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung der Polizei allein vorbehalten.“

Frage: „Wie denken Sie über den verflochtenen Verkehrsstreik?“

Schober: „Ich kann Ihnen die Frage als ehrenhafter Staatsanwalt, nicht nur als Polizeipräsident beantworten. Der Verkehrsstreik hätte, wenn er auch nur noch kurze Zeit andauert haben würde, für unser Österreich von den schlimmsten politischen Folgen begleitet sein können. Es war gut und klug, ihn raschstens zu beenden. Auch der Telephonstreik war sehr gefährlich.“

Frage: „Kommen Sie, Herr Präsident, nicht telephonieren?“

Schober: „Nein. Ich konnte zwar vom Herrn Bürgermeister angerufen werden, wenn es ihm beliebt. Aber ich konnte den Herrn Bürgermeister nicht anrufen, wenn ich es für wichtig erachtete.“

Frage: „Wie beurteilen Sie die Wirkungen der schrecklichen Ereignisse auf das Ausland?“

Schober: „Verläufig sehr trüb. Die Gerüchte sind ja unerhört übertrieben und aufgebauscht worden. Aber ein hartes und kräftiges Gemeinwesen wie unser Wien verbindet auch solche furchtbaren Wunden schnell. Was uns not tut, ist gemeinsames Wirken. Schluß mit der Hege! Gemeinsame Arbeit, dann Wiederaufbau. Berlin ist nach den Spartakisten gewesen, England hat die Folgen seiner fürchterlichen Streike bewunden. Hoffen wir, daß auch diese schreckliche Wunde an unserem Körper vernarben wird.“

„Vossische Zeitung“

Die Führer der Wiener Sozialdemokraten haben den Mut gefunden, ohne äußern Erfolg den Verkehrsstreik abzublenden. Ihre Weisungen sind befolgt worden, und damit ist den Leuten, die aus der Verlängerung der Reise Nutzen für alle möglichen dünkeln Pläne zu ziehen hofften, ein Strich durch die Rechnung gemacht. Der Herzog darüber kommt in den Aufzeichnungen der enttäuschten Scharfmacher deutlich zum Ausdruck. Sie waren so fröhlich am Werke gewesen, die verächtlichen Bevölkerungsteile Österreichs aufeinander zu heben, Bürgerliche gegen Sozialisten, Schwarz gegen Rot, Land gegen Stadt, Heimatwehren gegen Republikanische Schutzwehr, sie waren so müher dabei, durch Gewaltdemokratie die Stimmung noch weiter zu erhitzen und in der ganzen Welt den Eindruck zu erwecken, als bestände das Millionenheer der österreichischen Sozialdemokraten aus „roten Bestien“, die nur ein harter Mann mit der Peitsche zu zähmen wissen werde. Welch eine Gelegenheit für einen Mussolini oder Dorthy! Welches Sprungbrett für Abenteuer, welcher Anreiz zur „Ordnungs“-Expedition ohne Risiko und mit der Aussicht auf reiche Beute!

Aus dem allen wird nichts. Die Hoffnungen auf Ungeheures sind wieder einmal gescheitert. Das Unheil, das am Freitag angerichtet worden ist, bleibt eine traurige Episode. Das Verantwortungsgesühl hat geistigt.

Die Macht in Wien besitzen die Sozialdemokraten dank der starken Mehrheit, die sie in der Stadtverwaltung haben. Die Klagen über „trockene Volksgewässerung“ durch einseitigen Steuerdruck sind mindestens infomiert gerechtfertigt, als sie zeigen, daß die maßgebenden Persönlichkeiten der Wiener Sozialdemokratie von ihrer Macht einen sehr einjahnenden Gebrauch machen. Den sicher berechtigten Beschwerden der Wiener Hausbesitzer und Unternehmer steht die Tatsache gegenüber, daß diese Stadt, deren wichtigste Lebensquellen abgeschnitten sind, ein geordnetes Finanzwesen besitzt und mit augenscheinlichem Erfolg die Hydra der Wohnungsnote bekämpft. Der föderative Charakter der österreichischen Bundesversammlung gibt dem Wiener Bürgermeister und seinen Räten jede Bewegungsfreiheit, da die Stadt, wie bekannt, die Rechte eines Landes besitzt. Was hätten die sozialdemokratischen Führer zu gewinnen, wenn sie auf dem Wege des Bürgerkriegs die Herrschaft über ein Gebiet erstrebten, das jedem fremden Zugriff preisgegeben ist und dessen kümmerliche Erträge von dem Wohlwollen seiner Nachbarn abhängt? Gemächlich, wenige Monate nach den Wahlen, bei denen sich herausgestellt hat, daß aller Voraussicht nach wenige Jahre genügen werden, um der Sozialdemokratie auf legalem Wege die Mehrheit im Bundesparlament zu verschaffen und damit die keineswegs denemere alleinige Verantwortung? Die Sozialdemokraten müssen nicht nur Verbrecher, sondern auch Karren sein, wenn sie die ihnen von der Eugenberg-Bresse zugeschriebenen Pläne gehabt und auszuführen begonnen hätten.

Nachrichten aus der Provinz

Ländliche Wasserversorgung

Als in der vorkapitalistischen Wirtschaft die Menschen noch nicht zu den Massen zusammengedrängt waren, wie es heute in Städten und industriellen Bezirken der Fall ist, da war die Wasserversorgung durch Schöpfbrunnen, Kessel- und Röhrenbrunnen auf dem Lande noch allgemein. Je mehr aber die Industrie und mit ihr die Wohnbevölkerung zunahm, um so mehr machte die alte Art der Wasserversorgung der neuen, dem Leitungssystem, auch auf dem Lande Platz.

Dennoch gehört, wie Krieger und Angermann in „Wasser und Gas“ ausführlich, noch großen ländlichen Gebieten die alte Wasserversorgung an. In viele Kreise in den östlichen Provinzen, in Nieder-Sachsen, Brandenburg, Pommern und Hannover sind auch heute noch samt den freisandgehörigen Städten fast ausschließlich auf die Brunnenversorgung angewiesen. In wasserarmen Gegenden der Provinz Hannover befinden sich sogar noch Anlagen zum Auffangen des Regenwassers. In den beiden Mecklenburg und in Oldenburg sind Wasserwerke nur in den Städten und auch da oft erst seit neuer Zeit. Der Teil der mit Leitungswasser versorgten Kreiseingegebenen beträgt oft nur 10 Prozent.

Die Einzelversorgung liegt meistens in Privat Händen. Oft haben auch Kreise und Gemeinden eigene Brunnen. Aber auch der Genossenschaftsgedanke hat sich auf diesem Gebiet durchgesetzt. Hier und dort gibt es einen genossenschaftlichen Zusammenschluß zum Bau und zur Unterhaltung der Brunnen in den Wasser- und Pumpeninteressenskreisen.

In den mitteldeutschen stark industriellen Gebieten wie Sachsen und Thüringen stehen sich Einzelversorgung und Leitungswasser gegenüber. Nach den Angaben von „Wasser und Gas“ ungefähr gleich. In den ausgeprägten Industriezonen ist das Leitungswasser aber bis zu 95 Prozent verbreitet, so im Ruhrgebiet, wo das Leitungswasser fast überall überwiegt. In Süddeutschland haben die günstigen Verhältnisse eine gute Versorgung, in erster Linie aus den zahlreich vorhandenen Quellen, ermöglicht. Auch ländliche Bezirke sind hier ganz auf Leitungswasser eingestellt.

Aber auch viele andre deutschen ländlichen Bezirke, die der Wasserfrage bisher wenig Beachtung schenken, sind in letzter Zeit auf eine Verbesserung der Wasserversorgung bedacht. Demgegenüber werden die Siedlungsbezirke in vielen Städten so oft auch heute noch in der Wasserversorgung vernachlässigt. Gesundheit wie Feueranschlag verlangen auch hier eine allgemeine Einführung des Leitungswassers.

Errichtung einer Preussischen Landesrentenbank

Das preussische Staatsministerium hat dem Staatsrat den Entwurf eines Landesrentenbankgesetzes mit der Bitte um gütliche Aeusserung zugehen lassen. Zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung soll unter der Bezeichnung „Preussische Landesrentenbank“ eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit dem Sitz in Berlin errichtet werden. Die Anstalt gibt Schuldscheine (Landesrentenbriefe) aus, die auf den Inhabern und durch auf Rentengütern haftende Renten (Landesrentenbankrenten) verzinst und getilgt werden. Der Staat gewährleistet die Erfüllung der Verbindlichkeiten, die der Landesrentenbank aus der Ausgabe der Landesrentenbriefe erwachsen, und wird die Anstalt mit den erforderlichen Betriebsmitteln versehen. In den Aufgaben der Preussischen Landesrentenbank gehören: Vermittlung bei der Ablösung von Rentengutsrenten, Übernahme von unablösbaren Rentengutsrenten, Gewährung von Darlehen, Vermittlung bei der Ablösung von Erbpfändungsrenten.

Aus der umfangreichen Begründung teilt der „Anteilige Preussische Kreisbote“ das Folgende mit: Wer sich zum Erwerb einer landwirtschaftlichen Siedlerstelle entschließt, wird nur im Ausnahmefall in der Lage sein, den ganzen Kaufpreis in bar zu erlegen. Das Siedlungsvermögen daher in dem aus staats- und wirtschaftspolitischen Gründen erforderlichen Umfang nur gefordert werden, wenn ausreichender, billiger, möglichst langfristiger Kredit zur Verfügung steht. Die Grundbesitzverhältnisse (Landbesitzer, Hypothekendarlehen) können den Kredit nicht zu Bedingungen beschaffen, die den besonderen Erfordernissen der landwirtschaftlichen Siedlung gerecht werden. Die Notwendigkeit, durch staatliche Maßnahmen für die Bereitstellung eines geeigneten Kredits zu sorgen, ist daher bereits früher erkannt und durch das Gesetz vom 7. Juli 1891 und durch die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz zur Förderung der Ansiedlung vom 6. Mai 1916 in ihr Rechtswort getreten.

Mit dem Abfließen der Marktmehrung begann sich jedoch die Finanzierung der Siedlungstätigkeit mit Hilfe des Rentenbankkredits allmählich immer schwieriger zu gestalten. Die gesetzliche Regelung der Kreditbedingungen verhinderte eine rasche Anpassung an die wechselnden Verhältnisse des Kapitalmarktes. Zudem war es kaum möglich, Rentenbriefe zu schaffen, die einseitig Abzug fanden und andererseits dem Rentengutsbesitzer nicht auf die Dauer unerträgliche Lasten auferlegten. Nach dem Uebergang zur Reichsmarkführung konnte infolge der ungünstigen Be-

dingungen des Kapitalmarktes an eine Wiederaufnahme der Rentenbankführung in der früheren Form zunächst nicht gedacht werden. Die Siedlungstätigkeit wurde durch Gewährung von Zwischenkrediten aufrecht erhalten.

Die Ablösung der gewährten Zwischenkredite durch Ueberführung in Dauerkredit muß sobald wie möglich durchgeführt werden, um die Zwischenkreditmittel für neue Besorhungen freizumachen. Die Gestaltung des Kapitalmarktes gibt zu der Erwartung Anlaß, daß es gelingen wird, demnach wieder in dem erforderlichen Umfang Rentenbriefe unterzubringen, deren Zinssatz und Kurs den besonderen Bedingungen der landwirtschaftlichen Siedlung gerecht wird, ohne die Gewährung von Kursumschlagsmitteln in einem bei der gegenwärtigen Finanzlage nicht tragbaren Ausmaß notwendig zu machen. Freilich kann an die Ausgabe von Rentenbriefen mit der vor dem Kriege gangbaren Verzinsung von 8 1/2 oder 4 v. H. oder auch von 5 v. H. noch nicht gedacht werden. Da aber eine höhere Verzinsung ohne Ueberlastung des Anbieters nicht möglich erscheint, wird sich zunächst eine

Kreditverbilligung aus Staatsmitteln

nicht umgehen lassen. Es ist beabsichtigt, zu diesem Zwecke demnach im Staatshaushaltsplan Mittel zur Gewährung von Kursumschlagsmitteln anzufordern. Daneben wird bis auf weiteres noch die Vergabe niedrig verzinslicher Hypotheken aus Hauszinssteuermitteln treten müssen, die, im Range hinter der Rentenbankrente stehend und zunächst nur mit 1 v. H. verzinslich, geeignet sind, die Gesamtbelastung des Anbieters auf das wirtschaftlich erträgliche Maß herabzubringen.

Der Entwurf beabsichtigt, die Wiederaufnahme der Gewährung von langfristigen Tilgungskredit für Zwecke der landwirtschaftlichen Siedlung zu ermöglichen. Er knüpft in den Grundgedanken an die frühere Regelung des Rentenbankkredits an, enthält aber im einzelnen eine Reihe von Verbesserungsmaßnahmen. Eine wesentliche Änderung liegt jedoch darin, daß an Stelle der für jede einzelne Provinz errichteten Rentenbanken nunmehr eine für das ganze Staatsgebiet tätige „Landesrentenbank“ mit dem Sitz in Berlin treten soll.

Die Änderung beruht auf der Erwägung, daß den gegenwärtigen Verhältnissen des Effektenmarktes ein einziges neues Papier besser entspricht als eine Reihe provinzieller Typen. Es ist daran gedacht, dieses Institut in engen räumlichen und persönlichen Zusammenhang mit der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) zu bringen, die, wie früher schon für die provinziellen Rentenbanken, den Vertrieb und die Kursregulierung der Rentenbriefe übernehmen soll. Die Vorarbeiten zu einer neuen Regelung der Realitätenabteilung sind noch nicht so weit vorgeschritten, daß diese Aufgabe in dem vorliegenden Entwurf schon berücksichtigt werden konnte. Dafür ist der Entwurf durch Einbeziehung aller bisher in dem Gesetz zur Beförderung der Errichtung von Rentengütern vom 7. Juli 1891 geregelten Gegenstände zu einer Zusammenfassung aller für die Rentengutsgründung einschläglichen der Finanzierung maßgebenden gesetzlichen Vorschriften ausgegliedert worden.

Kleinrentner, waret die Feisten!

Widerum sind die Kleinrentner schwer von dem Bürgerblut geprellt worden. Er hat ihre berechtigten Ansprüche, die einzig und allein von der Sozialdemokratischen Partei vertreten wurden, abgelehnt. Es herrscht daher Aufregung unter den Kleinrentnern, die sich in der heftigsten Weise Luft macht. Durch diese Politik des Bürgerblodes wird für ihn eine Lage geschaffen, die sich bei jeder Neuwahl in einer starken Erschütterung seiner Stellung auswirkt.

Es bleibt ohne wesentliche Bedeutung, daß für sogenannte Neukaufhypotheken aus dem Jahre 1921 jetzt eine höhere Aufwertung erfolgen kann. Wichtiger ist der Fortschritt, der in der Frage der Annahme der Forderungen erzielt wurde. Es besteht jetzt unter gewissen Voraussetzungen die Möglichkeit, Forderungen aus Hypotheken und Anleihebesitz noch nachträglich anzumelden, wenn bewiesen wird, daß die Anmeldung ohne Verschulden unterblieben ist. Die Sozialdemokratie wollte nur Gründe der Billigkeit gelten lassen, so daß jedem Kleinrentner die Möglichkeit gegeben werden wäre, nachträglich seine Forderungen zu erheben. Es dürfte eine unnötige Erschwerung sein, die nachträgliche Anmeldung von dem Nachweis der Schuldlosigkeit abhängig zu machen. Es scheint ja, als ob der Bürgerblod seinen Wählern wieder einmal Sand in die Augen streuen wollte. Auf den Antrag der Sozialdemokratie hin wurde auch die Höhe des Jahreseinkommens, das ein Kleinrentner nicht überschreiten darf, wenn er in den Genuss einer Vorzugsrente kommen will, von 800 Mark auf 1000 Mark erhöht. Wir hatten 1200 Mark beantragt.

Die Fristen zur nachträglichen Anmeldung aus Anleihebesitz laufen am 31. August dieses Jahres, die Fristen zur nachträglichen Anmeldung von Hypothekensicherungen laufen am 31. Oktober ab. Wer seine Ansprüche aus Unkenntnis der Bestimmungen verkannt hat, rechtzeitig anzumelden, muß nunmehr unerbittlich darangehen, seine Ansprüche anzumelden, da nicht mehr damit gerechnet werden kann, daß diese abermals verlängert werden.

Erhöhte Unfallgefahr

Kaum haben die Erntearbeiten begonnen, und schon ereignen sich schwere landwirtschaftliche Betriebsunfälle. Aus Doronitz bei Könnern wird über den grauenhaften Tod eines Landarbeiters berichtet. Er war mit dem Mahen von Getreide beschäftigt. Vor seiner Maschine gingen junge, sehr unruhige Pferde. Als er abgetrieben war, um die Maschine nachzusehen, zogen die Pferde plötzlich an. Der Arbeiter wurde von den Messern erfasst und hochstäblich zerhackt. Innerhalb 10 Minuten war der Tod durch Verbluten eingetreten.

Der tödliche Unfall wäre nicht eingetreten, wenn mit der notwendigen Vorsicht verfahren worden wäre. Immer sind die gespannten Mahmaschinen besonders gefährlich. Es ist streng verboten, sich vor die Messer zu stellen. Die Befestigung von Schürzen, das Schmieren der Maschinen und alle sonstigen etwa erforderlichen Vorrichtungen sind nur von der Seite aus vorzunehmen. Das Getriebe der Mahmaschine ist bei solchen Vorrichtungen sowie auch beim An- und Abspannen der Zugtiere und während der Arbeitspause stets auszurücken. Das Einrücken darf erst dann geschehen, wenn der Lenker auf dem Sitze seinen Platz eingenommen und die Riegel in die Hand genommen hat, um mit dem Mahen zu beginnen.

Der größte Teil der Unfälle würde sich vermeiden lassen, wenn die Unfallverhütungsvorschriften der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft endlich beachtet würden. Jeder Betriebsunternehmer ist im Besitz der Unfallverhütungsvorschriften. Er ist im Interesse seiner Arbeitnehmer verpflichtet, diese nicht nur selbst zu beachten, sondern sie den Arbeitern immer und immer wieder bekanntzugeben.

Kreis Wanzleben

Freie Turner Bennedenbes. Karten für die Dampferfahrt beim Vorstehenden Reinhold Worman. —

Funktionärstung heute Mittwoch 19.30 Uhr bei Schuke. —

Funktionärstung heute Mittwoch 20 Uhr bei Schuke, Ortsteil Klein-Otterleben. —

Arbeiter-Gesangverein. Donnerstag, 21. Juli, 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Die Mitglieder müssen die Teilnehmerkarten zur Dampferfahrt beim Kassierer bezahlen. — Sonnabend, 23. Juli, Dampferfahrt nach dem Buschhaus bei Schönebeck. Alle Teilnehmer treffen sich 17.45 Uhr in den „Ganja-Sälen“. Abmarsch nach dem Dampfer 18 Uhr. Die Abfahrt des Dampfers erfolgt 19.30 (7 1/2 Uhr) in Magdeburg von der Strombrücke rechts (Zitabelle). —

Die Veranstaltung des Reichsbanners am Sonnabend und Sonntag war ein voller Erfolg. Lediglich das Sommerachtsfest am Sonnabend litt unter der schlechten Witterung. Dafür fand aber im Saal ein sehr harmonisches Waldbewegen statt. Am Sonntag hatten unsere kleinen Republikaner mehr Glück. Von gutem Wetter begünstigt, nahm das Kinderfest einen glänzenden Verlauf. Zu Beginn fand ein mit verschiedenen Wärdengruppen ausgestatteter Umzug durch den Ort statt, der allgemeine Anerkennung erzielte. Nachdem wurden die Kleinen mit Kaffee und Kuchen von unsern Frauen gefest, und dann ging's mit frohem Spiel und Tanz an den zweiten Teil des Festes. Roll befriedigt und von froher Feststimmung beseelt, gingen dann um 8 Uhr abends unsere kleinen Erdenbürger nach Haus. Sie werden das nächste Fest sicher gern wieder besuchen. Allen Frauen und Kameraden, die zum guten Gelingen des Festes beigetragen haben, sei an dieser Stelle volle Anerkennung gezollt. —

Wanzleben

Bei der Obstversteigerung der Kleinern städtischen Plantagen wurden ziemlich hohe Preise erzielt. Die Sauerkräuter am Klein-Rodenleber Weg erhielt Gustaf Dieck in Wanzleben für 470 Mark, die Kefel am Blumenberger und Bucher Weg Joh. Firund für 30 Mark, die Blaumen am Groß-Rodenleber Weg Karl Quanz für 1280 Mark, die Kefel von der Klein-Rodenleber Grenze Gustaf Dieck für 70 Mark, die Kefel am Friedhof für 40 Mark Joh. Firund, die Düscheide Plantage Dehler Biegler für 2890 Mark; im bergangenen Jahre war letzte für 1000 Mark verpackt. —

Bürgerliches Turnfest. Der 2. Bezirk des Magdeburger Turngaues, Kreis 3c der Deutschen Turnerschaft, hatte am Sonntag hier sein Bezirks-Turn- und Sportfest. Die Einzelleistungen, die im Turnen, Laufen, Springen und Schwimmen gezeigt wurden, waren anerkanntswert. Der Besuch des Festes war gerade nicht übermäßig. Etwa elf Fahnen waren vertreten. Es war tatsächlich ein Fest von „deutschem Volksempfinden und vaterländischer Gesinnung“, wie es in der Einladung hieß. Nämlich die meisten Geister, die man sonst beim Stahlhelm und Jungbo sah, sah man auch hier. Nicht zu vergessen, daß auch bei dieser Gelegenheit die schwarzweißroten Fahnen die „echte vaterländische“ Gesinnung zum Ausdruck brachten. —

Kreis Wolmirstedt

Verunglückter Radfahrer. Ein nach Magdeburg fahrender Motorradfahrer verlor, als er einem Gespann ausbog, die Gewalt über sein Rad und kam zu Fall. Er erlitt einen Knochenbruch an

Die Hochwassertastrophe von 1876

Der Winter 1875/76 brachte bei anhaltender strenger Kälte einen seit vielen Jahren nicht beobachteten ungewöhnlich harten Schneeeisfall. Mitte Februar 1876 trat plötzlich in der Rittersburg ein Umschlag ein, der Kälte folgte unmittelbar eine sehr gelinde Temperatur, begleitet von warmen Westwinden. Die angehäufte Eis- und Schneemasse konnte kaum aushalten und fiel in Schichten ab, die die Kälte durch den Schneeeisfall wieder mit der Stille. In früheren Zeiten haben die Hochfluten der Elbe ihren Abzug durch beide Arme, und es wird angenommen, daß über ein Drittel der gesamten Wasserfläche durch die Alte Elbe abgeführt wurde. Weil aber die Alte Elbe in ihrem Laufe sehr viele Stauungen machte und der Elbener Arme bei seiner niedrigen Lage, zumal er durch beide Arme geteilt war, immer sehr hohen Wasserständen ausgesetzt war, so wurde von dem durch Eis und Schnee gebundenen Wasser ein Teil in den beiden Seitenarmen abgeführt. Die beiden Seitenarme der Elbe waren durch die Hochfluten der Elbe in der Höhe von 22 Fuß über dem Meeresspiegel, was eine Stauung von 30 Fuß betrug in demselben. Das Wasser war mit 24 Schichten bedeckt, die den Boden hatten, bei Hochfluten geogen zu werden und so die Ableitung der Hochfluten aus der Stromschleife, wenn auch gegen früher in höherem Maße, zu bewirken.

Diese neuen Anlagen wurden für das gegenüberliegende Hochflutgebiet vorgesehen. Die neuen Deiche auf dem Elbener Arme Schönebeck gegenüber waren in einer Entfernung von nur 155 Metern von dem alten Elbener Schönebeck angelegt, während früher das Hochflutgebiet an dieser Stelle 250 Meter breit war. Es war also nur eine Erge geblieben, die den freien Abzug des Hochflutes ermöglichen sollte. Dazu kam, daß

das Abschlußwehr bei Preßen den gegelten Erwartungen nicht entsprach, und dies um so weniger, als die nötige Vorsicht außer acht gelassen wurde, indem das rechtzeitige Öffnen der Schütze im Wehre unterblieb, obgleich nach den telegraphischen Mitteilungen mit ziemlicher Genauigkeit berechnet werden konnte, wenn das Wehr offen der Hochflut am Wehre zu erwarten stand.

Als nun die Hochflut ankam und ihren gewöhnlichen Weg durch die Alte Elbe verfolgte, wurde sie zurück und suchte ihren Abzug durch die Stromschleife, sie fand diesen aber auch dort nicht in ausreichendem Maße, denn bei Schönebeck traf sie auf die sie zusammenpressende Enge und plante sich zu einem großen Wehrene auf, der die Deiche erst überflutete und dann zerbrach. Am 22. Februar zeigte sich das erste Wasser innerhalb der Dämme gegenüber Schönebeck und Jachtrunde, nachmittags gegen 2 Uhr nach weiter oberhalb das erste Ueberlaufen des Römeler Deiches, gegen Abend, wiederum gegenmündig, des Deiches unterhalb und oberhalb Glinde. Am 23. Februar früh 3 Uhr ein Sturz des letzteren Deiches statt. Früh 6 Uhr erfolgte ein heftiger Grundbruch des Deiches oberhalb Glinde bei Kropfstein, nachdem schon vorher die sämtlichen Deiche bei Glinde und Kömmelte jählich überflutet waren. Mit ungeheurer Schnelligkeit drangen die Fluten auf dem selbstgebahnten Wege auf Schönebeck zu und vernichteten eine Ueberflutung, die in ihrer Ausdehnung sich von der Stadt Parbbrommards über Schönebeck und Jachtrunde bis Weperhufen hin erstreckte, die Dörfer Glinde und Kömmelte sowie die Vorwerke Kropfstein und Jachtrunde unter Wasser setzte und von dort verheerender Richtung begünstigt war.

Selbst den beiden genannten Dörfern hatte die Stadt Schönebeck am meisten zu leiden. Keine Straße blieb dort von Wasser unberührt, nur einige Strohdächer ragten aus dem Wasser hervor. In den niedriger gelegenen Stadtteilen erreichte das Wasser eine Höhe bis zu 7 Fuß, so daß die Häuser der kellerlosen Wohnungen diese Höhe vertragen konnten, meist unter Verhinderung ihrer ganzen Bestimmung. Der Verlust an Mobiliar war ein ungeheurer, wurde aber überlassen dem dem Schaden, der an dem Schaden erwachsen war. Gleich der erste Anprall der Flut zog mehrere Wohnhäuser fort.

In der Einwohnerzahl herrschte eine allgemeine Verwirrung und Verunsicherung, hervorgegangen durch das so unglückliche Ereignis der verheerenden Wasserfluten von einer Seite, von welcher her das Wasser am allernächsten erwartet wurde sowie durch die Ungewissheit, in der man sich befand, welchen Umfang die Gefahr annehmen würde. Erst nach und nach gelang es dem Gouverneur

der Behörden, die Einwohnerschaft zu beruhigen und mit Hilfe eines sofort von Magdeburg requirierten Pionier-Detachements der ersten Not zu steuern. Es wurden zunächst in dem meisten Bedrohlichen aus denjenigen Wohnungen in Sicherheit gebracht, in denen der Verbleib wegen des baulichen Zustandes mit Lebensgefahr verbunden war. Diese Wohnungen erreichten bald die Zahl von 200. Später wurde noch die Räumung von weiteren 300 Wohnungen aus Gesundheitsrücksichten erforderlich, so daß Obdach für fast 2000 Menschen fehlte, für deren Unterbringung meist die Behörden sorgen mußten. Es geschah dies teils in öffentlichen Gebäuden, teils in den verjährt geliebten Nachbargemeinden, die nach jeder Richtung hin der bedrängten Nachbarn nach Kräften Beistand leisteten. In weiterer Folge wurden Baracken gebaut, in denen die obdachlos gewordenen Einwohner bis zur Herstellung der Wohnräume Aufnahme fanden.

Reinlich lagen die Verhältnisse in Glinde und Kömmelte, die von den Fluten durchströmt wurden und vorerst wegen des Sturmes und hohen Wellenganges für menschliche Hilfe gar nicht erreichbar waren. In Glinde, das zuerst von der Katastrophe betroffen wurde, waren in den ersten Tagen nur fünf Häuser so weit wasserfrei, daß in ihnen gelocht werden konnte, und in Kömmelte, das eine halbe Stunde von der Elbe entfernt liegt, war die Not um so größer, als das ganze Dorf nur einen einzigen Rahn besaß.

Durch den Telegraphen war das Unglück in seiner großen Ausdehnung schnell und weit verbreitet worden und hatte das Kaiserreich rege gemacht. Hilfskomitees bildeten sich überall. Freilich reichten diese Beiträge, und wenn sie auch in noch so reichlichem Maße gegeben wurden, allein nicht hin, den ganzen Schaden zu decken. Dazu war derselbe zu groß. Andererseits wurde angenommen, daß der Staat die moralische Pflicht hatte, für die Vergütung von Schäden einzutreten, die ausschließlich aus Anlagen entpanden, die mit seiner Genehmigung erbaut waren. Darauf hinzielende Petitionen hatten denn auch zur Folge, daß durch Gesetz vom 22. Juli 1876 die Mittel bereitgestellt wurden, aus denen nach Maßgabe des nachgewiesenen Bedürfnisses Beihilfen gewährt werden konnten a) an einzelne Beschädigte zur Erhaltung im Haus- und Sachverhalte, b) an Gemeinden zur Wiederherstellung ihrer beschädigten gemeinnützigen Anlagen, und c) zur Wiederherstellung und zu notwendigen Verbesserungen der beschädigten Deiche und Uferbauwerke und der damit in Verbindung stehenden Anlagen. In Liebezgaben kamen im ganzen 494 549 Mark auf, der Staat zahlte an Einzelbeschädigte „geheimweise“ 331 455 Mark aus.

Nach Quellen von Carl Sarjäd.

der linken Hand, eine erhebliche Kopfverletzung und mehrere Hautabschürfungen. Nachdem er notdürftig verbunden war, konnte er zu einem Arzte geschafft werden. Sein Rad wurde von einem Lastwagen mitgenommen.

Reinichsberg

Turnfest der Arbeitersportler. Am Sonntag den 24. Juli beginnt hier das diesjährige Turnfest der Arbeitersportler. Sonntagabend Kommerz. Sonntag 7 Uhr beginnen die Wettkämpfe und das Ortsweits-Riegenmetturren. Empfang der auswärtigen Turngenossen von 10 Uhr an. Um 14 Uhr beginnt der Umzug durch das Dorf zum Festplatz. Dort finden Reigenaufführungen und Massenturnen statt. Um 18 Uhr Einmarsch vom Festplatz aus in die Festhalle. Von 20 Uhr an in beiden Sälen Ball, Freunde und Gönner der Arbeiter-Sportbewegung, unterstützt durch Massenaufgebot der hiesigen Turnvereine! Frei Heil!

Kreis Neuhalbensleben Neuhalbensleben

Die Arbeiterwohlfahrt veranstaltete am Sonntag ihren ersten Ferienausflug. Um 2 Uhr versammelten sich die Eltern mit ihren Kindern auf dem Marktplatz. Wegen des trüben Wetters blieb man im Garten des „Vierkellers“. Dort wurden die Kinder reichlich mit Milch und Zwiebacken bewirtet. Im angrenzenden Bürgerpark wurden dann für Knaben und Mädchen eine ganze Anzahl Spiele veranstaltet und Süßigkeiten verteilt. Ueberall sah man strahlende Gesichter. Abends ging es dann bei eingetretener Dunkelheit mit Lampions nach der Stadt zurück.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Donnerstag den 21. Juli, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthof zur Eisenbahn. Der Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter hielt am Sonnabend eine nur schwach besuchte Versammlung ab. Kollege **L w a r d y** gab den Geschäftsbericht und Kollege **H a s s e** den Kassenbericht. Die Versammlung beschäftigte sich auch mit dem Gewerkschaftsfest. Es wurde beschlossen, am 14. August ein Waldfest zu veranstalten. Die Vorbereitungen wurden einer Kommission übertragen. Dann nahm die Versammlung Stellung zur Delegiertenwahl zum Verbandstag. Mit dem Appell, sich an dem Gewerkschaftsfest vollständig zu beteiligen, wurde die Versammlung geschlossen. Kollegen, sorgt in Zukunft für einen bessern Besuch!

Grünwaren-Wochenmarkt. Der Magistrat macht bekannt, daß für die Monate Juli bis September die Wochenmarktstage auf Mittwoch und Sonnabend festgesetzt sind. An diesen Tagen ist vom 23. Juli an jeder Verkäufer von Erzeugnissen der Landwirtschaft, des Garten- und Obstbaues sowie der übrigen in § 66 der Gewerbeordnung aufgeführten Gegenstände, die er in hiesiger Stadt zum Verkauf bringt bzw. im Umhertragen anbietet, verpflichtet, diese nur auf dem Marktplatz feilzubieten. Der Marktverkehr dauert an diesen Tagen bis 11 Uhr mittags. Standgeld wird nicht erhoben. Der Marktmeister Schwarz ist mit der Anweisung der Marktstände beauftragt.

Althaldensleben

Gemeindevertreter-Sitzung.

Der Gemeindevorsteher Genosse **S c h e i b a** eröffnete die Sitzung. War der erste Punkt der Tagesordnung schnell erledigt, so brachte der zweite eine sehr hitzige Debatte. Obgleich unser Vorsitzender stark in Geduld ist, wurde es ihm doch zu unruhig und Herr **S c h r a d e r** bekam manches zu hören, was ihm nicht gerade angenehm war. Der Adjutant war schlau genug zu schweigen, sonst hätte er wohl noch mehr zu hören bekommen. Erst nach dieser Aftade verließ die Sitzung ruhiger.

Eine Verfügung des Landrats von Neuhalbensleben betreffend Einführung der Biersteuer wurde bekanntgemacht. Vertreter **S c h r a d e r** beantragte auf Grund der Verfügung, die Steuer in Höhe von 7 Prozent zu erheben. Der Antrag wurde angenommen.

Gegen den Vorschlag für das Rechnungsjahr 1927 wurde vom Vertreter **S c h r a d e r** Vermahnung eingelegt, weil die Kommission bei der Aufstellung des Voranschlags nicht ausreichend zugezogen worden sei. Weiter beantragte er, daß für das nächste Jahr wenigstens jedem Mitglied der Kommission ein Exemplar des Voranschlags zugestellt werde. Der Gemeindevorsteher war schon gefaßt darauf, daß diese Kritik kommen würde, aber er antwortete dem Herr **S c h r a d e r** so gründlich, daß dieser bei der Beratung nichts mehr sagen konnte und den einzelnen Punkten des Voranschlags zustimmte. Der Schöffe **K l e i n e** beleuchtete in seinen Ausführungen das Verhalten der Rechten in der Kommission. Vertreter **S c h r a d e r** wünschte, daß über jeden einzelnen Punkt des Voranschlags Aussprache erfolge. Darauf stellte Genosse **M a t t h i e s** den Antrag, daß der Voranschlag von der Tagesordnung abgehakt werde, um auf einer außerordentlichen Sitzung als einziger Punkt auf der Tagesordnung zu erscheinen. Gemeindevorsteher Genosse **S c h e i b a** wies darauf hin, daß es dringend nötig sei, den Voranschlag zu verabschieden. Es wurde also beschlossen, den Voranschlag sofort zu beraten. Nach der Beratung wurde

der Voranschlag einstimmig genehmigt.

Im Auftrage der Kommission erstattete der Schöffe Genosse **M a t t h i e s** Bericht über die Aufstellung von **B ä n k e n**. Die Kommission empfahl beschleunigte Aufstellung je einer Bank am Lindenplatz, an der Koppel, am Friederichsberg, unter den Büchen am Hauptstieg und am Hünerberg. Vor Einholung der Genehmigung zum Aufstellen der Bänke in der Gutsfort soll der Gemeindevorstand mit dem Verschönerungsverein in Verbindung treten. Wegen des auf dem Aderplatz stehenden Denkmals hatte man schon in einer der früheren Sitzungen beraten. Das Gitter sollte entfernt werden. In dieser Sitzung kamen endlich auch die Bürger zu dem Entschluß, das Gitter instand zu setzen und drei Linden anzupflanzen, was unsere Fraktion schon bei der ersten Beratung beantragt hatte.

Der Vorsitzende verlas dann ein Schreiben der Friedrichs-Krupp-Aktiengesellschaft in Kiel, das **B r a n d - M a r m a l a g e n** empfahl. Hierbei bemerkte er, daß die bis jetzt geforderten Probestreben nicht laut genug waren und deshalb wieder zurückgegeben worden sind. Die Firma Krupp empfahl nun eine Sirene, die durch Kohlenäure in Betrieb gesetzt wird, zu Preisen von 350, 400, 500 Mark und mehr. Vertreter **S c h r a d e r** führte hierzu aus, daß die Dampfpeifen der beiden Firmen vollständig hinreichend seien. Schöffe Genosse **M a t t h i e s** bewies, das dies nicht zutrifft. Nach den eingehenden Ausführungen unserer Genossen **M a t t h i e s** und nach einem Schlußwort des Gemeindevorstehers wurde der probeweisen Anschaffung der Marmalage zugestimmt.

Der Vorsitzende gab bekannt, daß die Gemeinde 42 000 Mark erhalten hat zu Siedlungsarbeiten. Die Mitteldeutsche Heimstätte wird die Bauarbeiten leiten. Außer dieser Summe stehen noch weitere 20 000 Mark zur Verfügung. Einer Uebernahme der Bürgerschaft für die diesjährigen Siedler wurde zugestimmt. Dann wurde über die Anträge der Hausbesitzer **F r i e d r i c h G e h e r**, **W i l h e l m S c h u l z e**, **K i r c h g a r t e n s t r a ß e**, und **L a n g e** auf Gewährung eines Darlehens für Reparaturzwecke beraten. Die ersten beiden Anträge wurden abgelehnt, denn der Preis gibt nur Zuschüsse, wenn eine Wohnung gewonnen wird. Der Antrag **L a n g e** forderte eine Summe von 1000 Mark aus der Hauszinssteuerhypotheke. Der Antrag soll mit Verantwortung an den Kreisanschluß weitergeleitet werden. Der Schöffe **M a t t h i e s** empfahl die Bildung eines Fonds für Reparaturen. Das der Gemeinde zur Verfügung stehende Siedlungsgebiet ist verkauft. Da aber von Siedlern

weitere Zuteilung von Bauhandwerk

wird, wird der Gemeindevorstand von den Vertretern ermächtigt, die notwendigen Schritte zu unternehmen. Ein weiterer Beitrag zur Kinderpeisung wird nun beantragt. Hierbei rügte Schöffe **K l e i n e** die Ueberwachung der Kinderpeisung. Vertreter **S c h r a d e r** verbatte hierbei wieder, alle Kritik zu unterdrücken.

Also die Kinder sind wieder die Sündenböcke, die nicht hören! Die Vertretung beschloß, in der Speisung vorläufig eine Pause bis zu den Herbstferien einzutreten zu lassen. Bei Wiederbeginn soll eine Liste aufgestellt werden, so daß auch nur an minderbemittelte Kinder die Milch verabfolgt wird.

Ein Kaufangebot der Neuhalbensleben Eisenbahn-Gesellschaft stand nun zur Beratung. Die Gesellschaft benötigt 3700 Quadratmeter Land an der Ueberhöhe zu einem Anschlußgleis nach dem Hafen am Kanal. Der Gemeindevorstand soll mit einem Vertreter der Gesellschaft an Ort und Stelle die Beschäftigung vornehmen. Es soll derselbe Preis gezahlt werden, den die Kanalverwaltung für dortiges Land gegeben hat.

Zu einem Beschluß des Bezirksausschusses wegen der einmaligen Anwendung der Weihnachtshilfe an die Gemeindebeamten wurde Stellung genommen. Die Gemeinde wurde verpflichtet, die einmalige Anwendung an die Beamten zu zahlen oder den Weg der Privatlage zu beschreiten. Der Schöffe **K l e i n e** beantragte, den Beamten die Gelder zu bewilligen, empfahl aber gleichzeitig den Beamten, zugunsten der armen Gemeinde zu verzichten. Die Abstimmung ergab, daß die Gelder gezahlt werden sollen. In einer Zuschrift teilte der Landeshauptmann die Pensionssätze des zum 1. September in den Ruhestand versetzten Gemeindefraktors **S c h u m a n n** mit. Die Vertretung nahm hiervon Kenntnis. Eine nichtöffentliche Sitzung schloß sich an.

Kreis Jerichow 1 Gommern

Geschwäg oder Wille zur Tat?

Der Ortsausschuß für Jugendpflege tagte im „Deutschen Hause“. Die Sitzung wurde vom Vorsitzenden, Lehrer **P e i d e**, geleitet. Bedauert wurde, daß nicht alle Delegierten der angeschlossenen Vereine an diesen wichtigen Sitzungen teilnehmen. Da der erste Vorsitzende nicht mehr weiter leiten wollte, wurde der Genosse **H e r m a n n G e l**, Vorsitzender des Sportartells, zur Wahrnehmung dieses Amtes bestimmt. Es entwickelte sich sodann eine rege Aussprache.

Vom anwesenden Schulleiter, Rektor **H ü b n e r**, wurde der Bau einer Turnhalle und die Schaffung einer Badeanstalt durch die Stadt gefordert. Von Herrn **K r ü g e r**, Genographenverein **S t o l z e - S c h r e i b**, wurde gewünscht, daß sofort ein solcher Antrag an die Stadt gestellt werde. Vom Vorsitzenden **G e l** wurde darauf hingewiesen, daß man auch für die Deckung der Ausgaben sorgen müsse. Das dringende Bedürfnis anzuerkennen, ist nämlich eine Selbstverständlichkeit, aber der Ordnungsbund in der Stadtverordneten-Versammlung muß dann auch für solche Kulturverbesserungen mit- und nicht dagegen stimmen. Wir haben nicht vergessen, wie sich Rektor **H ü b n e r** weilsand einstellte. In der Schuldeputation war er gegen den Lehrerbau und als Stadtverordneter wegen der finanziellen Auswirkung dafür. In Gommern ist neben dem Bau einer Turnhalle und einer Badeanstalt die Vauereimachung des Siedlungsgebietes dringendstes Erfordernis.

Die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei wird sich die Wünsche der rechtsstehend eingestellten Einwohnerschaft in dieser Frage zu eigen machen und mit einem ausgearbeiteten Programm vor die Stadtverordneten-Versammlung treten. Es hängt dann alles davon ab, daß auch die Mitglieder des Ordnungsbundes die entsprechenden Kosten bewilligen. Rektor **H ü b n e r** schlug vor, aus der alten Schule eine Turnhalle zu bauen. Die Folge wäre, daß die fehlenden Klassenzimmer an der neuen Schule angebaut werden müssen. Solche Erweiterung bedeutete mindestens ein Kostenaufwand von 100 000 Mark und mehr. Dann würden auch für die Badeanstalt mindestens 20 000 Mark nötig sein. Das Siedlungsgebiet erfordert einen Kostenaufwand von ungefähr 60 000 Mark. Die Schaffung eines Sportplatzes mit 5000 Mark ist auch erforderlich. An den Vertretern der Sozialdemokratie soll es nicht liegen, eine entsprechende Anleihe zu beantragen. Hier würde eine Zusammenarbeit mit dem Schulleiter, Rektor **H ü b n e r**, möglich sein, vorausgesetzt, daß es nicht nur leeres Geschwäg ist, was er vorgebracht hat, sondern ernster Wille zur Tat. Hoffentlich gelingt es ihm, seine Freunde im Ordnungsbund von der Notwendigkeit der Erledigung dieser Kulturaufgaben zu überzeugen. Dann könnte schon 1928 mit dem Bau begonnen werden.

Von vielen Rednern wurde auch die Haltung des Magistrats verurteilt, durch die den Vereinen kein Schulzimmer mehr für private Zwecke freigegeben würde. Rektor **H ü b n e r** erklärte, daß in der alten Schule ein Schulzimmer immer leer stände und nicht zum Unterricht benutzt würde. Es könnte für private Zwecke und auch zur Abhaltung der Stadtverordneten-Sitzungen benutzt werden. Alle Delegierten, die von der Schulpeisung und Platzanweisung der Kinder auf dem Trodenboden wußten, machten beredigte Gesichter, konnten sich die Redewendung des Schulleiters nicht erklären. Denn warum haben die Kinder nicht gleich diesen unbebauten Schulraum für die Milchpeisung bekommen können? Vielleicht hat das Gedächtnis etwas verjagt? Mit dem Wunsch, bald wieder zusammenzukommen, schloß der Vorsitzende die anregende Versammlung.

Stadtkreis Burg

Achtung, Unterfahrrer! Die „Partei“ ist im Parteibureau abzuholen. Am Sonntag muß fassiert werden.

An die Genossen! Im Interesse der Parteimitglieder liegt es, daß jeder eine besondere Obacht auf sein Mitgliedsbuch legt. Die Mitgliedsnummern müssen regelmäßig gelehrt werden. Wer sein Buch nicht in Ordnung hält, läuft Gefahr, daß bei einem Todesfall den Angehörigen die Unterfahrrung verjagt wird. Es ist untaffhaft, daß Marken nach einem Todesfall nachgelehrt werden.

Kreis Calbe Barbn

Eine behördliche Versammlungsfeier wird der Magistrat am 11. August in würdigem Rahmen veranstalten. Dieselbe findet im Schützenhaus abends 8 Uhr statt, um jedem Einwohner die Teilnahme zu ermöglichen. Die Feier ist nicht als streng behördliche Veranstaltung gedacht, sondern als ein Volksfest unter Beteiligung sämtlicher hiesigen Behörden, der Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, der Innungen usw. Die gesamte Einwohnerschaft ist dazu eingeladen, und mögen es sich vor allem die Frauen gesagt sein lassen, daß sie gern gesehen sind. Musik und Gesang werden den Abend einrahmen, da die Gesangsvereine und der Blindenchor von Verschönerung der Feier gebeten werden. Die im Jugendpflegeausschuß zusammengeschlossenen Vereine hatten auf ihrer letzten Sitzung ebenfalls aktive Beteiligung zugesagt. Leider ist es nicht möglich, das Programm zu weit auszuweiten zu lassen. Im letzten Jahre hatten wir eine sehr schöne Versammlungsfeier; hoffentlich wird es in diesem Jahre ebenso.

Merke! Die zweite Konrektorenstelle ist noch immer nicht besetzt, obwohl sie schon seit Monaten zur Verfügung steht. — Genosse **N i c h o l f**, Geschäftsführer des hiesigen Arbeitsamts, verläßt uns zum 1. August. — Trichinenbesucher **F r e i s e r m e i s t e r C. G e r m a n n** ist als Fleischbesucher von Schweinen bei Privat-schlachtungen verpflichtet worden. — Ein Motorradfahrer kam dadurch am Montag in der Nähe des Brückers zu Fall, daß ihm der Vorderreifen platzte und er in hohem Bogen auf das Pflaster fiel. Doch kamen Mann und Stahlfuß noch einigermaßen gütig fort. — Es wurde mit dem zweiten Grasschnitt begonnen, dem die Bitterung außerordentlich günstig war. — Ein blinder Mann der Polizei wurde von Glinde aus verurteilt, wo ein Rad verdamunen war. Die Angelegenheit hätte sich ganz gemächlich auf, da ein Diebstahl nicht in Frage kam.

Den Keinen Teilnehmern am Kindergottesdienst wird vom Gesängern „der altenen Schorn“ in die Hand gedrückt. Dieses Plättchen steht völlig im Dienste der evangelischen Elternbünde und ist ein Kampfmittel gegen die weltliche Schule, über die alles mögliche und unmögliche verzapft wird. Auch sozialistische Eltern lassen ihre Kinder noch immer zum Kindergottesdienst gehen,

weil sie glauben, es gehe da völlig harmlos zu. Dieses Plättchen sollte ihnen zu denken geben und sie zur Vorsicht mahnen! —

Eberburg

Schwammerschäden. Nach den andauernden Niederschlägen in diesem Sommer führt auch die Mode Hochwasser. Durch dessen gewaltigen Druck ist im Abflugsgraben des Wörnedeschen Kohlen-schachtes, der durch die Wiesen westlich Eberburgs führt, ein Rohr gebrochen. Das Wasser ergießt sich nun auf die Wiesen, die in diesem Jahre mit Weizen bebaut sind. Großen Schaden wird das Gemeindegut Hedlingen erleiden, wenn das Hochwasser weiter anhäuft. Arbeiter des betreffenden Gutes sind dabei, an der Bruchstelle einen Damm von Sandfäden zu errichten. Auch die kleinen Parzellen der Rindenzüchter am Gailhof stehen vollkommen unter Wasser.

Preussisch-Benede

Parteiversammlung am Sonnabend um 20 Uhr bei Faust. Erscheint alle!

Bad Salzemen

Durch Herzschlag starb gestern abend im Reichstheater der Kinopächter **N i c h t e r**. Der herbeigerufene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. So mußte auch die sehr schnell herbeigeeilte Arbeiter-Comatertolonie wieder umkehren.

Schönebeck

Vom Bode geschleudert. Durch die Querstraße raste am Dienstag ein Gelspan. In der Königstraße wurde es aufgehalten. Landwirt **O t t o B ö t t g e** wurde vom Bode geschleudert und erlitt schwere Verletzungen. Er wurde bestimmunglos dem Krankenhaus zugeführt.

Ein Schiffszusammenstoß wurde noch glücklicherweise kurz vor unrer Elbbrücke vermieden. Ein etwas schräg liegender Lastkahn, der abwärts dampfte, wurde von der Strömung gegen den ersten Kahn eines vorbeifahrenden Schleppzugs gedrückt. Die sofortigen Maßnahmen konnten im letzten Augenblick einen Zusammenstoß verhindern.

Der letzte Kinder-Ferienausflug wird am Montag den 27. Juli stattfinden. Die Karten für die Kinder werden wieder an den bekannten Stellen in dieser Woche zu haben sein. Es geht nochmals zum Buschhaus, wo sich die Kinder auf der großen Wiese auskugeln können. Musik ist ebenfalls wieder zur Stelle. Außer Kaffee und Kuchen werden noch Würstchen mit Semmeln ausgegeben. Den Abschluß bildet ein großer Kinder-Wettbewerb, Lampions gratis. Es wird gebeten, die Kinder wieder mit Kränzen zu schmücken. Kränzchen von der Firma Hochbaum, die zum billigen Bezug der Kränze und Blumen berechtigten, sind an allen bekannten Stellen zu haben.

Die Verfassungsfeier wird am 11. August von der Sozialdemokratischen Partei, den Gewerkschaften und dem Reichsbanner und dem Sportartell in der großzügigsten Weise durchgeführt. Ein Komitee ist gebildet worden, das die ganze Veranstaltung organisiert. So allem werden die Arbeitsskollegen aufgefordert, den Nachmittag des 11. August frei zu halten, möglichst nicht zu arbeiten. Es ist beabsichtigt, am Dienstag nachmittag ein großes Kinderfest zu arrangieren. Die weiteren Veranstaltungen am Abend werden noch bekanntgegeben. Auch in diesem Jahre werden die städtischen Behörden eine amuliche Feier für Beamte und Angestellte stattfinden lassen. Partei und Gewerkschaften haben bei der Schulbehörde beantragt, für die Schulkinder eine gemeinsame Feier mit Einschluß der Eltern stattfinden zu lassen. Es darf nicht zur Regel werden, daß Lehrer Kindern die Verfassung nach ihrem eignen Gutbunken auslegen. Schönebeck, Bad Salzemen und Froße werden den Tag gemeinsam feiern.

Stadtkreis Albersleben

Zwei Betriebsunfälle ereigneten sich an einem der letzten Tage im hiesigen Kaltwerk. In dem einen Falle wurde dem Arbeiter **M. a u s** Albersleben das linke Bein verletzt. Beim Ausladen von Chlormagnesium schlug **M. a u s** den Rückenband, wobei ein abpringender Eisengrat gegen das Bein schlug. Der andre Unfall ereignete sich beim Verladen von Säcken. Dem Arbeiter **L. a u s** Froße wurde mit einer Sackkante über den linken Fuß gefahren. In beiden Fällen trat sofortige Arbeitsunfähigkeit ein.

Aus der Altmark Tangermünde

Frauengruppe. Freitag 20 Uhr in der „Genossenschaft“ Versammlung.

Festgenommen wurde der Schuhmacher **H e r b e r t K.** aus Dresden, der bei einem Schanzsteller auf dem Schützenplatz beschäftigt war. **K.** wurde wegen verschiedener Betrugsereien standbriefflich gesucht, auch hat er noch eine Gefängnisstrafe zu verbüßen.

Gestohlen wurden einem Gärtnermeister aus Tangerhütte aus seiner Bude auf dem Schützenplatz etwa 14 Pflanzen im Werte von 40 Mark. Es handelt sich um Edelkannen, Dattelpalmen, Begonien und einen Gummibaum.

Geipert ist am Donnerstag das Gelände zwischen der Abdeckerei und dem Langenjalwedler Weg, da dort ein Windgänger vernichtet werden soll.

Freiquartiere gesucht. Am 30. und 31. Juli feiert der Turnverein Freiheit sein dreißigstes Stiftungsfest durch ein Sportfest. Da zahlreiche auswärtige Sportler und Sportlerinnen daran teilnehmen, reichen die bis jetzt zur Verfügung gestellten Quartiere nicht aus. Die Einwohnerschaft wird gebeten, nach Möglichkeit Quartiere bereitzustellen und diese den Quartiermachern mitzuteilen.

Gardelegen

Notlauf. Da sich unter den Schweinebesitzern die Notlaufkrankheit sehr stark bemerkbar macht, rät die Schweine-Versicherungsgesellschaft von Gardelegen ihren Mitgliedern, alle Schweine gegen Notlauf impfen zu lassen. Siehe Anzeige.

Osterburg

Wasser aus 92 Meter Tiefe. Jetzt ist man dabei, den Versuchsburgen zu errichten. Man glaubt, auf dem Aderplan des Landwirts Schulz in einer Tiefe von 92 Meter genügend Wasser gefunden zu haben. Die zu dem Brunnen gehörigen Maschinen sind schon vor längerer Zeit angefahren worden. Nach der Aufstellung wird eine Lokomotive für das Weitere sorgen.

Bei der Arbeit den Fuß verbrannt hat sich hier ein Schmiedelehrling. Er wollte ein glühendes Stück Eisen aus dem Feuer zur Bearbeitung herausnehmen. Mählich fiel es ihm auf den Fuß und verbrannte ihn. Seine Ueberführung in das Krankenhaus wurde angeordnet. Es stellte sich glücklicherweise heraus, daß die Verwundung nicht erheblicher Natur war.

Eine verwerfliche Tat ist hier auf einer Koppel begangen worden. Der Landwirt **J a s p e r** hatte sein Pferd auf die Weide gejagt, daß es sich erholen sollte. Mählich erlebte er nun eine furchtbare Ueberraschung. Sein Pferd wies an der Brust einen etwa 15 bis 20 Zentimeter tiefen und 5 Zentimeter breiten Strich auf, unmittelbar über dem Brustplattenknochen. Auch war die Luitröhre erreicht worden. Die Folge war, daß das Tier sofort abgeschlachtet werden mußte. Wahrscheinlich ist der Täter mit einem Dolch bewaffnet gewesen und hat die Wunde gehakt, das Pferd mitzunehmen. Oder sollte hier ein Entarteter seine Mutlutun geküßelt haben? Der Täter ist unbekannt.

Chausseebetre. Auf der Chaussee zwischen Osterburg und Ergleben werden jetzt Neuschüttungsarbeiten vorgenommen. Der Verkehr wird von Osterburg auf die von der Hloedenfabrik anfertigte Chaussee und von Ergleben auf die Chaussee Ergleben-Düsedau umgeleitet. Die Pfahlarbeiten auf dem Stücke der Düsedauer Chaussee von der Stadt bis zur Hloedenfabrik sind in vollem Gange. Der Verkehr wird durch die

Mühlen, Seidan, und Fabrikstraße umgeleitet. Die Pflasterung erfolgt mit Kleinplätzen, wobei der Straßengraben auf der Amtsgeschäftsseite zugeschüttet und als Bürgersteig hergerichtet wird.

Seehausen

Eingebrochen wurde hier in der Nacht zum Montag, wobei dem Dieb eine ansehnliche Beute in die Hände fiel. Das Haus des Mauermeisters Huhn mußte herhalten. Vom Hof aus ging es durch ein Kellerfenster in das Innere. Zunächst suchte man den Keller ab und holte Fleischwaren heraus. Dann wurde die Wohnung im Erdgeschoß durchsucht. Hier fielen dem Dieb etwa 130 Mark bares Geld in die Finger, das in einer Ledergeldtasche steckte. Auch andre Papiere sollen verlorengegangen sein. Da man den Schreibtischschlüssel sehr leicht finden konnte, wurde auch der Schreibtisch durchwühlt und Geld mitgenommen. Der Diebstahlene schlüßte im ersten Stockwerk, so daß der Täter ungehindert seine Arbeit verrichten konnte. Leider fehlt von ihm auch jede Spur. Sicher ist der Täter denselben Weg zurückgegangen, den er gekommen ist.

Stadtkreis Stendal

Parteierversammlung. Die erste Parteimitgliederversammlung im neuen Gemeindefaßhaus findet am Freitag den 22. Juli, 8 1/2 Uhr, statt. Reichstagsabgeordneter Genosse Ferl (Magdeburg) spricht über die politische Lage.

Ortsausschußsitzung. Donnerstag den 21. Juli, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Mathenower Straße 27, Delegierten-Versammlung des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes.

Sozialistische Arbeiterjugend. Donnerstag, 20 Uhr, im Heime Zusammenkunft.

Berbot. Erneut wird auf eine Polizeibefehlsordnung hingewiesen, wonach das Betreten der Feldstufen außerhalb der öffentlichen Kommunikationswege in den Monaten Mai, Juni, Juli, August in der Zeit vom Einbruch der Dunkelheit, spätestens von 9 Uhr abends an, bis zum Tagesanbruch, frühestens 4 Uhr morgens, und in den übrigen Monaten spätestens von 8 Uhr abends an bis zum Tagesanbruch, frühestens 5 Uhr morgens, verboten ist. Ausnahmen sind nur zulässig mit besonderer schriftlicher Erlaubnis der Gemeindebehörden. Bei Uebertretung Geldstrafe von 60 Mark, im Unvermögensfalle Haft.

Notheitsakt. In der Bruchstraße ereignete sich am Sonnabend, während noch das Reichsbanner seinen Fadelzug veranstaltete, ein auffeherregender Vorfall, der eine größere Menschenmenge anzog. Ein Mann stürzte sich auf eine Frau, warf sie auf das Straßengpflaster und bearbeitete sie mit Faustschlägen ins Gesicht und auf den Kopf. Blutüberströmte blieb die Frau zunächst bewegungslos liegen. Der Kampfgere wurde durch einen Mann, der eintritt und energisch vorgeht, ein Ende gesetzt. Danach zogen auch die Neugierigen von dannen. Erst später kam auch die benachrichtigte Polizei.

Ein Reichsbannermann vom Auto überfahren. Wir berichten schon gestern unter dieser Stichmarke von dem bedauerlichen Unglücksfall eines auf der Heimfahrt befindlichen Reichsbannerkameraden. Wir fragen noch nach, daß es sich hierbei um einen Familienvater von fünf Kindern handelt, der erwerbslos ist. Als die Kunde in Stendal eintraf, ging man freiwillig zu einer Geldsammlung für die arme Familie über. Es ergab sich eine ansehnliche Summe. Allen Spendern sei nochmals herzlich dankt. Sie haben Solidarität der Zeit gezeigt!

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Bad Salzungen, Freitag den 22. Juli, 21 Uhr, im „Brühof“ Mitgliederversammlung. Es wird der Bericht vom Reichsteg gegeben. — Fr. Sarsack, Freitag 21 Uhr beim Kameraden Haus Versammlung.

Mittelaltersleben. Sonnabend den 20. Juli, 20 Uhr, beim Gastwirt Schulte Versammlung. (Fahrt nach Leipzig, Verfassungsfest, Schützenfest.) — Kreis Aschersleben. Freitag den 20. Juli, 20 Uhr, beim Kameraden Haus Versammlung. Schwaneberg liegt zur Gänze unter der Verwaltung des Reichsbanner. Die einzelnen Ortsvereine einmal reichlich anfragen. Von Magdeburg ist kein Zugang zu erwarten, weil durch die Reichskonferenz und das Jugendportfest die Magdeburger Abteilung verhindert sind. — Groß-Altensleben. Donnerstag den 21. Juli, 20 Uhr, Führerversammlung.

Wasserstände

Table with columns for location (Elbe, Müritzer See, etc.), water level (Höhe), and change (Veränderung). Includes sub-sections for 'unter Null' and 'über Null'.

Wettervorhersage

Ausichten für Donnerstag: Zunächst anhaltend und wärmer, später langsam sich abkühlend. Wind aus Südwest.

Warenmärkte

Notierungen in Kolonialwaren

Table listing various goods (Kaffee, Pfeffer, etc.) and their prices. Includes sub-sections for 'Kaffee, roh' and 'Kaffee, geröstet'.

Magdeburger Produkten-Börse vom 19. Juli

Table listing market prices for various commodities like wheat, flour, and oil.

Magdeburger Viehmarkt

Table listing livestock prices (cattle, sheep, pigs) and their market status.

Magdeburger Zuckerbörse vom 19. Juli

Der Preis für Weißzucker (reinigt, Saft und Verbrauchssteuer) beträgt für 50 Kilogramm brutto für netto ab Seelabschleife Magdeburg und Umgebung im Wert von mindestens 200 Zentner bei prompter Lieferung innerhalb 10 Tagen...

Devisen-Notierungen in Reichsmark

Table showing exchange rates for various currencies (Gulden, Franc, etc.) as of July 18 and 19.

Advertisement for Morik Bru Aschersleben, featuring a large 'M' logo and text about clothing and accessories.

Advertisement for Neuer Kaffeegarten Aschersleben, featuring a logo and text about coffee and social events.

Advertisement for Conitzer & Co. Aschersleben, featuring a logo and text about a house of cheap prices.

Advertisement for Otto Eiffen Aschersleben, featuring a logo and text about leather goods and travel items.

Advertisement for Anna Thieme Aschersleben, featuring a logo and text about hats and fashion accessories.

Advertisement for Herm. Zinke Aschersleben, featuring a bicycle logo and text about bicycle repairs.

Advertisement for Gaswerk Stendal, featuring a logo and text about gas services.

Advertisement for 'Hier kaufen Sie gut!' featuring an illustration of a person and text about quality purchases.

Advertisement for Manufakturwaren Stendal, featuring a logo and text about women's and children's clothing.

Advertisement for Schuhwaren Stendal, featuring a logo and text about shoes.

Advertisement for Fritz Ehlert Stendal, featuring a logo and text about clothing and fabrics.

Advertisement for M. Mosberg's Arbeitergarderoben Stendal, featuring a logo and text about work clothes.

Advertisement for Koch-, Brat-, Back-, Platt- und Heizapparate Stendal, featuring a logo and text about kitchen appliances.

Advertisement for Kaufhaus W. Krafft Stendal, featuring a logo and text about a department store.

Advertisement for S. & M. Crohn, Aschersleben Kaufhaus, featuring a logo and text about a department store.

Gewerkschaftsbewegung

Die Akademie der Arbeit

Von Dr. Erik Kölling, Frankfurt a. M.

Die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. beendet in diesen Tagen ihren sechsten Lehrgang. Von allen bisherigen Lehrgängen war der letzte der zahlenmäßig stärkste, vielleicht auch der wertvollste nach innerem Gewinn. Die Jahre des ersten Aufbaues und Ausbaues, notwendigerweise eine Zeit der Provisorien und Experimente, liegen hinter der Akademie, die ihren endgültigen Fortschritt nunmehr gefunden glaubt. Natürlich nur in dem Sinne, daß die Hauptlinien festgelegt sind; Hilfsamkeit und Gastfreundschaft bleiben auch weiterhin unerlässliche Voraussetzungen einer gedeihlichen Fortentwicklung.

Was aber der Akademie der Arbeit in der Zeit ihrer 6-jährigen Existenz noch nicht gelang, ist ihre genügende Verwurzelung im Bewußtsein der deutschen Arbeiterschaft. Die organisatorische Verbindung ist hergestellt, die großen

Spitzenverbände der Arbeitnehmerschaft

delegieren alljährlich zu ihr die den einzelnen Fachverbänden entnommenen Hörer. Diese Verbindung blieb jedoch bisher mehr offiziell als empfindungsmäßig. Die Erkenntnis, daß die deutsche Arbeitnehmerschaft an dieser Stelle einen entscheidenden Stützpunkt hält, daß hier eine der wenigen Machtpositionen von realem Werte gegeben ist, die in einer Zeit der zunehmenden sozialen Reaktion gehalten werden konnte und für die im letzten Jahre durch die inzwischen erfolgte Statistierung die dauernde Grundlage geschaffen ist — diese Erkenntnis hat sich in den Kreisen der Arbeiterschaft noch allzuwenig durchgesetzt.

Die Akademie der Arbeit ist kein Außenposten, sie liegt im Zentrum der modernen Arbeiterbewegung oder sie möchte dahin durchdringen. Sie will eine lebendige Quelle der Kraft sein, von der alljährlich Kraftströme ausgehen, die wirksam werden sollen bei der uns auferlegten Neugestaltung der gesellschaftlichen Organisation. Man rede nicht von einem Tropfen, der sich verlaufen muß in einem Meer von unübersehbarer Weite. Wenn Jahr für Jahr 60 oder 80 Menschen in die Arbeiterbewegung zurückfluten, die durch den Lehrbetrieb und die Denkfahrt der Akademie der Arbeit gingen, so muß sich das im geistigen Niveau der Arbeiterschaft allmählich immer stärker zum Ausdruck bringen, um so mehr als andere Schulen mit ähnlichen Bestrebungen an gleichen Zielen arbeiten. Der Akademie liegt jede Ueberheblichkeit fern. Was sie verlangt, ist lediglich die richtige Einordnung. Sie will kein Fremdkörper bleiben, sie will als zugehörig empfunden werden.

Die Akademie beruht auf einem Vertrage, dessen Partner das preussische Unterrichtsministerium auf der einen und die Spitzenverbände der deutschen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengeverkschaften auf der anderen Seite sind.

Der Hörerstrom

wird, wie schon hervorgehoben ist, delegiert von den gewerkschaftlichen Verbänden. Daneben sind einzelne Kommunen und Landeshauptmänner dazu übergegangen, geeignete Hörer zur Akademie zu entsenden. Bei der Auswahl solcher Hörer werden durchweg die in Frage kommenden Ortsausschüsse der Gewerkschaften um Vorschläge ersucht, damit auch hierbei der enge Zusammenhang mit den gewerkschaftlichen Instanzen gewahrt bleibt. In bescheidenem Umfang kann einzelnen Hörern das Studium auch durch Zuschüsse aus einem Studienfonds ermöglicht werden, den der Verein der Freunde und Förderer der Akademie zur Verfügung gestellt hat.

Für alle Hörer, die die Akademie besuchen wollen, besteht die Verpflichtung, sich einer Prüfung zu unterziehen, die in der Aufsertigung von drei Prüfungsarbeiten besteht, deren Themen die Akademie vorschreibt. Unter Berücksichtigung des Ausfalls dieser Prüfungsarbeiten liegt die letzte Entscheidung bei den zur Akademie delegierenden Instanzen. Das Prüfungsverfahren hat nur den Zweck, den Ausleseprozeß zu verfeinern und ungeeignete Hörer vom Besuch des Kurses von vornherein auszuschließen.

Unterrichtet wird in den Lehrgebieten der Wirtschaft, des Rechts, der Soziologie und der Politik. Neben wissenschaftlich vorgerichteten Theoretikern verfügt die Akademie über eine große Zahl bewährter Praktiker, die alljährlich als Lehrkräfte herangezogen werden. Der Nachdruck des Lehrbetriebes liegt auf Arbeitsgemeinschaften, Übungen und Seminaren, in denen die Hörer Gelegenheit zur aktiven Anteilnahme am Unterricht finden.

Ein Lehrkursus dauert 9 Monate;

er läuft jeweils von Anfang Oktober bis Anfang Juli. Durch zwei wichtige Änderungen vollzog sich im letzten Lehrgang ein weiterer Ausbau der Akademie: eingeführt wurde ein Fernunterricht, der künftige Hörer bereits mit der Technik wissenschaftlichen Arbeitens vertraut machen und in die ersten Grundbegriffe einführen soll. Außerdem ging man zur Einrichtung eines zweiten Lehrganges über, das aber nur für besonders befähigte Hörer in Betracht kommt, die seitens der Akademie-Leitung ihren Verbänden namhaft gemacht und für eine zweite Delegation vorgeschlagen werden.

Zwischen dem ersten und zweiten Lehrkursus schiebt sich auf alle Fälle ein Jahr praktischer Arbeit, damit die Hörer nicht allzusehr aus ihrem beruflichen und gewerkschaftlichen Zusammenhang herausgelöst werden. Auch ist es nur auf diesem Wege möglich zu prüfen, ob ein Hörer die auf der Akademie erworbenen Kenntnisse in der Praxis des Lebens zu verwirklichen weiß, so daß die in Frage kommenden Verbände zur Kostenübernahme für eine weitere Ausbildung ermutigt werden. Die Hörer kommen zur Akademie nicht als Privatpersonen und ihre Bewerbung hängt ausschließlich davon ab, wie weit sie das in sie investierte Bildungskapital später in soziale Kupwerte und Leistungen umzuwandeln verstehen.

Vom Arbeitsgericht

Ein Vorwort

Die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte haben ihre Pflichten geschlossen. Damit ist ein wichtiger Abschnitt in der Entwicklung zum sozialen Arbeitsrecht beendet, die im Jahre 1891 mit der Schaffung der Gewerbegerichte begann und mit dem Ausbau von Kaufmannsgerichten im Jahre 1904 fortgeführt wurde. Die gegensätzliche Tätigkeit dieser Sondergerichte, die besonders unter dem Druck der organisierten Arbeitnehmerschaft entstanden waren, haben die Notwendigkeit einer zentralen und billigen Gerichtsbarkeit bewiesen und somit den Weg zum neuen Arbeitsgericht geebnet. So wird der Tag, der einst die verpönten und schamlos behandelten Gewerbe- und Kaufmannsgerichte schuf, für die Entwicklung der Arbeitsrechtspflege von historischer Bedeutung sein.

Der Anfang

Die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte waren kommunale Sondergerichte. Aus diesem Grunde hatten sie ihren Sitz in den städtischen Gebäuden und standen unter der Leitung und Aufsicht eines Magistratsdelegierten. Die neuen Arbeitsgerichte mußten, da sie staatliche Einrichtungen sind, diesen Platz verlassen. Am Landgerichtsgebäude in der Galberstraße haben sie nun Wohnung gefunden und werden in den Räumen der heiligen Justitia wöchentlich in mehreren Sitzungen Recht sprechen.

Nach dem Gesetz müssen bei den Arbeitsgerichten vorerst sogenannte Güteverhandlungen stattfinden. Der Vorsitzende, der die Bezeichnung „Arbeitsgerichtsrat“ führt und in der Richterrolle seine Aufgabe verrichtet, gibt sich Mühe, die streitenden Parteien „zusammenzubringen“. Aber schon die ersten Verhandlungen ergeben, daß der Erfolg nicht besonders besonders groß ist, wenn nicht, wie bei den früheren Kaufmannsgerichten das Urteil dahinter steht. Die beklagten Firmen wissen genau, daß in der

ersten Verhandlung, die ohne Beifzug stattfindet, Sprüche nicht gefällt werden können. Aus diesem Grunde zeigen sie sich recht unerbittlich und verurteilen weitere Termine. Der Beifzug durch Rechtsanwältin ist in den Arbeitsgerichten nicht zulässig. An ihre Stelle treten die Gewerkschaftsbeamten, die mit dem Syndizi der Arbeitgeberverbände oftmals in entscheidender Weise streiten. Der Vorsitzende der Angestelltenkammer im Arbeitsgericht ist der kürzlich zum Amtsgerichtsrat ernannte frühere Verhandlungsführer des Kaufmannsgerichts Dr. Heine. In der Kammer für Arbeiterfragen leiten Amtsgerichtsrat Dr. Wende und Amtsgerichtsrat Kornau. Die freigewerkschaftlichen Angestellten des B. d. A. werden noch wie vor durch ihren langjährigen Beifzug, den Gewerkschaftsbeamten Paul Bach vertreten.

Gehaltsforderung

Der Angestellte B. war seit über 20 Jahren bei der Pönelischen Buchdruckerei vorerst als Techniker und später als kaufmännischer Angestellter tätig. Infolge kleiner Differenzen schied er aus und verlangte von der Firma das ihm zustehende Restgehalt von 282 Mark. Die Firma lehnte die Forderung ab. Aus diesem Grunde wurde der Fall vor dem Arbeitsgericht behandelt.

Der Vertreter der Druckerei bestritt die Rechtmäßigkeit des Anspruchs, da nach seiner Angabe der Angestellte nur circa 150 Mark Restgehalt zu verlangen hatte. Auch diese Summe wurde dem B. vorenthalten mit der Begründung, daß bei bestimmten Anlässen Verluste entstanden seien, wofür der Angestellte haftbar gemacht werden sollte. Dagegen wandte sich der B. d. A.-Vertreter, der darauf hinwies, daß die Vorenthaltung des Geldes nicht nur unbillig, sondern auch unklar sei, zumal B. durch den Verband weit höhere Forderungen beanspruchen könne. Die Firma habe dem Angestellten, der in leitender Stellung stand, seit Jahren keinen Urlaub gewährt. Ferien seien aber Rechtsanspruch, der bei Nichterfüllung durch Geldforderungen nachträglich geltend gemacht werden könne.

Nach weiteren Auseinandersetzungen und Vergleichsvorschlägen durch den Richter einigten sich die Parteien auf Zahlung einer Entschädigung von 250 Mark.

Am den Tarif

Die Firma A. hatte mit dem Lehrling Werner B. vereinbart, ihn nach der beendeten dreijährigen Lehrzeit auch weiterhin beschäftigt zu wolle. Damit war Werner wohl einverstanden, nur das Versprechen, eine Entschädigung von 40 Mark pro Monat zu erhalten, bestritt er nicht. Trotzdem berichtete er seine Dienste stillschweigend weiter. Nach etwa einem Monat verlangte nun der ehemalige Lehrling Tarifbezahlung, und zwar in Höhe von 80 Mark. Das lehnte Herr A. ab. Vor Gericht, wohin auch diese Angelegenheit gebracht wurde, erklärte der Chef, daß über die Bezahlung von 40 Mark eine Einigung erzielt worden sei, wodurch ein besonderes Vertragsverhältnis zustande gekommen war. Das lieg nun der Vertragsverletzung nicht gelten. Er wies auf die Unabdingbarkeit der Tarifverträge hin und betonte eine Entscheidung des Oberlandesgerichts Naumburg, worin stillschweigende Annahme unterartlicher Bezahlung kein Verzicht auf Tarifvertrag bedeute. Auch der Gerichtsrat machte Herrn A. klar, daß eine besondere Regelung ungültig sei, zumal dann, wenn sie offensichtlich gegen die Tarifbestimmungen verstoße. Dies war besonders in vorliegendem Falle festzustellen.

In der Erkenntnis des von ihm getätigten Fehlers erklärte sich darauf Herr A. bereit, an den jungen Mann 80 Mark Restgehalt für Mai und Juni zu zahlen.

Aus den Gerichtssälen

Die Ehre seiner Mutter

Jedem in der Literatur steht der herrliche Satz: „Wer die Ehre seiner Mutter rächt, handelt immer edel!“ Als der Satz geschrieben wurde, gab es aber noch nicht Staatsanwälte und Schöffengerichte. Heute ist das erheblich anders. Wer der Ehre seiner Mutter rächt und haut dabei dem andern, der die Ehre der Mutter verletzt hat, ein paar hinter die Ohren, der wird vor den Rabi gezerrt und muß für seine Unberlegtheit büßen. So erging es auch einem jungen Kaufmann aus Magdeburg, dessen Mutter längere Zeit mit einem Manne verkehrte, der auch beabsichtigt hatte, die Mutter zu heiraten. Der Sohn hat aber rechtzeitig die Motive des Mannes durchschaut, er warnte seine Mutter und erreichte auch, daß die Mutter das Verhältnis mit dem Manne löste. Der abgeblühte Liebhaber rächte sich. Er benutzte Briefe, die der Sohn an seine Mutter geschrieben hatte, dazu, die Frau in dem Kreis ihrer Verwandten herabzusetzen. Er ging aber noch weiter. In gräßlicher Weise beschimpfte er die Frau und setzte sie öffentlich in ihrer Ehre herab.

Am 13. März trafen die beiden Söhne der beleidigten Frau den ehemaligen Liebhaber ihrer Mutter auf dem Breiten Wege. Kurz entschlossen ging der eine Sohn auf den Mann zu, stellte ihn zur Rede und schlug ihn mit der Hand ins Gesicht. Auch mit dem Fuß soll er getreten haben. Irrendenweise Verletzungen hat der Mann nicht davongetragen. Trotzdem benutzte er die Staatsanwaltschaft die Anzeige des Geschlagenen, um in öffentlicher Anklage gegen die beiden Brüder vorzugehen. Wegen körperlicher Mißhandlung standen sie am Dienstag vor dem Schöffengericht. Der eine Angeklagte ist nicht erschienen, weil er erkrankt ist. Der andere verteidigt sich mit ganzem Herzen, nimmt nichts davon zurück, was er getan hat, und ist bereit, dafür eine Strafe entgegenzunehmen.

Der Staatsanwalt meint, daß man in diesem Falle „wohl von einer Gefängnisstrafe absehen könnte“ (als ob das nicht selbstverständlich wäre), beantragte aber eine — fühlbare Geldstrafe von 60 Mark. Das Gericht war erheblich anderer Ansicht. Es würdigte durchaus die Motive, die den unbestraften jungen Mann veranlaßt hatten, gegen den Beleidiger seiner Mutter vorzugehen. Es meinte aber, das niemand berechtigt sei, eigene Justiz zu üben und verurteile den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 20 Mark, die er in monatlichen Raten von 5 Mark abtragen soll.

Der junge Mensch hätte gewiß nicht den Verleher der Ehre seiner Mutter auf offener Straße mißhandeln sollen. Aus diesem Grund ist juristisch gegen das Urteil nichts zu sagen. Es ist nur verwunderlich, daß die Staatsanwaltschaft diesen so milde wie nur denkbar liegenden Fall benutzt, um den jungen Mann vor den Strafrichter zu bringen. In manchen Fällen, die ein weit größeres öffentliches Interesse haben, als diese Lappalie, werden die Antragsteller auf den Privatklagenweg vermicen. Dort können sie zusehen, zu ihrem Rechte zu kommen. Wenn aber ein junger Mann die Ehre seiner Mutter verteidigt, dann kommt er vor das Schöffengericht und wird regelrecht verknackt.

Übermut und Rüpelhaftigkeit

Zwei junge landwirtschaftliche Arbeiter aus Banzleben „vergäugten“ sich eines Tages damit aus lauter Übermut mit Steinen nach der Gartenlaube eines andern Arbeiters zu werfen und bei dieser Gelegenheit vier Fensterscheiben einzuwerfen. Als die beiden Burchen gerade wieder ihre Trefftüchtigkeit unter Beweis stellen wollten, kam der 16 Jahre alte Sohn des Gartenbesizers hinzu, der selbstverständlich den jungen Leuten Vorwürfe machte. Da einer gegen zwei stand, sahen die beiden Burchen ihr Unrecht natürlich nicht ein, sondern schimpften auf den jungen Mann, belegten ihn mit reizenden Namen aus der Tierwelt und entrißen ihm schließlich noch die Peitsche, die er in der Hand trug und verwalteten den jungen Mann mit dem Peitschenstiel gründlich. Nach Beendigung ihrer Geldarbeit verdufteten sie sich schnell.

Wegen Sachbeschädigung und Körperverletzung standen die Arbeiter Walter Lachmund und Emad Buchmann am Dienstag vor dem Schöffengericht. Lachmund will zuerst „angegriffen“ worden sein und deshalb dem jungen Manne die Peitsche entrißen haben. Buchmann hat sich „nur“ daran beteiligt, die

Scheiben in der Laube einzuwerfen helfen. Da aber der geschlagene Zeuge unter Eid befragt, den Angeklagten geschlagen zu haben, das übrigens auch ein weiterer Zeuge bestätigte, wurde Lachmund wegen Sachbeschädigung und Körperverletzung zu 8 Wochen Gefängnis und 40 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Gefängnisstrafe wurde ihm, da er noch unbestraft ist, auf die Dauer von 3 Jahren ausgesetzt. Dafür muß er aber eine Geldbuße von 20 Mark in die Staatskasse zahlen. Außerdem hat er für die zertrümmerten Scheiben noch weitere 5 Mark an den Laubenbesitzer als Schadenersatz zu entrichten. Buchmann kam wegen Sachbeschädigung mit 40 Mark Geldstrafe davon. Aber auch er muß noch 5 Mark für seinen Lebermut an den Vater bezahlten, der für seine Beschuldigungsversuche auch noch eine Tracht Prügel einstecken mußte.

40 Mark sind für landwirtschaftliche Arbeiter ein ganzer Wagen Geld. Hoffentlich ziehen sie aus der Geschichte die notwendigen Lehren und lassen anderer Leute Fensterscheiben in Ruhe. Der Arbeiter, dem die Scheiben eingeworfen wurden, findet nämlich das Geld auch nicht auf der Straße.

Eine süße Angelegenheit

Der Revolverdreher Karl Kluge aus Magdeburg schlenbert eines Tages im Mai gedankenlos in den „Stadtpart“-Anlagen an der Salzquelle umher und hat dabei das Glück, unter Blumen versteckt, ein Paket süßen Inzals zu finden. Es war gefüllt mit lederen Marzipan- und Dessertstangen, die man für 10 Pfennig in den Schokoladenautomaten ziehen kann. Der glückliche Finder kommt abgobul nicht auf den Gedanken, daß die Schokoladenstangen irgendwo gestohlen sein könnten, obwohl der Fundort unmittelbar an der Salzquelle liegt, wo mehrere solche Automaten stehen, sondern er nimmt das Paket und wandert damit frohgemut nach Magdeburg. Er geht aber nicht geradezu in seine Wohnung, sondern besucht noch eine bekannte Frau und verbringt mit ihr einen Teil der Nacht und strebt dann schließlich, mit seinem Paket unter dem Arm, im Morgengrauen seinen heimlichen Penaten zu. Unberühmlicher Weise gerät er auf dem Heimweg in ein Haus in der Bismarckstraße und macht sich auf dem Hofe des betreffenden Hauses so unangenehm bemerkbar, daß ein Schupowachtmeister, der sich gerade zum Frühdienst fertig machte, auf ihn aufmerksam wurde und sich seiner annahm. Da er unbestimmte und unwahre Antworten gab, weshalb er sich in dem Hause aufhalte, wurde er mit zur Wache genommen. Das Paket mit den delikaten Marzipanstangen mußte er herausgeben und da inzwischen festgestellt wurde, daß im Restaurant Salzquelle eine Kiste mit Marzipanstangen gestohlen war, wurde der vorläufig festgenommene auch noch in das Gefängnis eingeliefert.

Am Dienstag fand der Prozeß vor dem Schöffengericht statt. Der Angeklagte bestritt geflohen zu haben. Das Paket hätte er gefunden. Der Staatsanwalt hatte ihn wegen Diebstahls angeklagt. Da das Gericht den Diebstahlsnachweis nicht führen konnte, wurde er schließlich nur wegen Fundunterschlagung zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt, die durch die Unterzeichnungsfähigkeit für verbüßt erklärt wurden. Als Zeugin war auch jene Frau erschienen, mit der der Angeklagte die Nacht zugebracht hatte. Im Zuhörerraum sah die richtige Frau des Angeklagten und seine Mutter. Als die Verhandlung vorbei war, hätte es beinahe auf dem Gerichtstisch noch ein Duell der mit Schirmen bemantelten Frauen gegeben, weil die Mutter des Angeklagten der Zeugin wegen ihres Verhaltens Vorwürfe machte. Die Gemüter beruhigten sich aber bald wieder, da der gemeinschaftliche Weg zur Gerichtskasse, um die Zeugengebühren zu holen, auch die heftigsten Sitzkämpfe schnell an das Reale des Lebens erinnerte.

Kleine Chronik

Neue schwere Unwetterkatastrophen

Schneewasser im Spreewald

Im ganzen Spreewald, dem gesamten Ober- und Unterspreewald, haben sich durch die dem kaum vorübergehenden Unwetter gefolgt nachteiligen, schier unaussprechlichen Regengüsse der letzten Tage große, unheilvolle Wassermassen angeammelt. Während das weite Gelände des Calauer Kreises noch ziemlich glimpflich davonkam, so herrscht mitten im Spreewald, der schon im Vorjahr vom Hochwasser schwer heimgesucht wurde, große Verzweiflung. Käufer, Wiesen und Felder, unabhärbare Fluren stehen im Wasser. Der Futtermangel macht sich schon jetzt so empfindlich bemerkbar, daß die bereits im Vorjahr verringerten Viehbestände weiter vermindert werden müssen. Schweine, Rinder, Burg, Burg, Rindern, Mäusen, Straußen, Hühner, Kanarienvogel, Straußen, Enten, Kuckuck sind die am schwersten betroffenen Ortschaften. In Gemüse, Gurken, Zwiebeln, die hier stets eine bedeutende Einnahmequelle bildeten, sind Erträge kaum zu erwarten. Auf den überschwemmten Pflanzungen werden unzahlige schöne Karpfen und andre Fische beobachtet, die aus den Gähleren und Repteren Leichen stammen. Die Schaffenslust der Spreewaldsbauern ist durch diese Hochwasserkatastrophe aufs neue gelähmt. Die schon lange geplante Durchführung des Hochwassererschöpfes, deren Gesamtkosten sich schätzungsweise auf 7,5 Millionen Mark belaufen wird, dürfte nun doch endlich zur Tatfache werden. Eine Vereingung des Oberspreewaldes durch den Landwirtschaftsminister, Vertreter der Minister für Volkswohlfahrt und der Finanzen, sowie des Oberpräsidenten, des Regierungspräsidenten zu Frankfurt a. d. Oder und des Landesdirektors hat bereits stattgefunden.

Volkenbruchkatastrophe im Culau-Lal.

Am Sonntag ging über das Culau-Lal (Wöhmen) ein neuer furchbarer Volkenbruch nieder, dessen Folgen die unheilvolle Katastrophe vom 9. Juli bedeutend übertrafen. Viele Bauhöfen sind vollständig verschwunden. Die Straße gegen Culau ist ein Trümmerfeld. Aus einem Hause in Ober-Culau, das mitten in den Hochfluten stand, konnten die Insassen nur mit Leuten gerettet werden. Ein Haus in Culau, das beim ersten Hochwasser teilweise zerstört wurde, ist vollständig verschwunden. Eine Papierfabrik wurde zum größten Teile weggerissen. Der obere Wauerdamm des Culaubades ist vollkommen zerstört. Im Wadenbacher Stadtteil Schmelze mußten die Bewohner den Weg über die Dächer nehmen. Die Ortschaft Bobmen leidet einem Steinbrosen. Das Les der betroffenen Gemeinden ist verzweifelt.

Ueberflutungen in Pommern

Durch Unwetter wurden in Pommern schwere Schäden verursacht. Im Kreise Köslin gingen schwere Gemitter nieder, die Felder wurden überflutet. In Kretzmin wurden vier Pferde, die vor dem Pfluge gingen, vom Nitz getroffen. Der Gepannführer wurde aus dem Nitz geschleudert und ein 30 Meter entfernt davon stehender Arbeiter zu Boden gerissen. Beide blieben benennungslos liegen, sie haben schwere Brandwunden erlitten. Drei weitere Arbeiter, die 50 Meter weit vom Nitzpflanzen beschäftigt waren, wurden zu Boden geworfen, erholten sich aber wieder. In Stojentzin im Kreise Stals wurden durch wolkenbruchartige Regen mit Hagelschauern die Felder und Wiesen überflutet. Viele Fensterscheiben wurden zertrümmert und Kleinvieh vom Hagel erschlagen. Die Saaten und die Obstbäume sind vernichtet. Besonders schwer wurde der Kreis Bütow betroffen, wo der Nitzfluß über die Ufer trat. Die Straßen der Stadt waren in kurzer Zeit in einen reißenden Bach verwandelt. Das Steinpflaster wurde herausgerissen. Feuerwehre mußte eingreifen. Mehrere Häuser

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Rheumatischer loben die gute Wirkung des defomunlichen Tees — 1,25 2,00
Sof-Apothete Magdeburg, Breiter Weg 1,58

Verene und Versammlungen

Reichsbund der Zivildienstberechtigten.

Vom 23. bis 26. Juni tagte in Köln die Hauptversammlung des Reichsbundes der Zivildienstberechtigten. Über 150 Vertreter der 900 Vereine, in denen 120 000 Mitglieder organisiert sind, waren zugegen. Als die Willensmeinung der beteiligten Verhandlung konnte man die große öffentliche Kundgebung am Sonntag den 26., die im großen Festsaal des Gürzenichs stattfand, ansehen. In drei Referaten verbreiteten sich die Redner über die Zivildienstverpflichtung und ihre allgemeine Bedeutung, über das, was die Versorgungsämter von der kommenden Besoldungsreform erwarten und über das Versorgungsrecht der Berufsbeamten. Die zahlreich anwesenden Vertreter der Reichsministerien und der Parlamente stimmten den Grundgedanken der Vorträge zu und betonten auch ihrerseits die Wichtigkeit und Notwendigkeit einer Zivildienstverpflichtung. In den beiden einleitenden Sätzen der nachfolgenden Entschließung wurde das Problem der Zivildienstverpflichtung scharf umrissen und in den nachfolgenden fünf Punkten, die sich aus den Feststellungen über die Zivildienstverpflichtung ergeben, die Forderungen aufgestellt.

Entschließung.

Zivildienstverpflichtung bedeutet die Erfüllung der vom Deutschen Reich und den Ländern übernommenen Pflicht, den Lebensunterhalt der zum Schutze des Landes im Wehrdienst tätigen Personen nach Ablauf ihrer Dienstverpflichtungen durch anderweitige Beschäftigung im öffentlichen Dienste sicherzustellen.

Ohne Zivildienstverpflichtung ist die Aufrechterhaltung einer zuverlässigen Wehrmacht und Schutzpolizei und somit die ruhige Entwicklung eines geordneten Staatswesens nicht möglich.

Der Bundestag stellt mit Bedauern fest, daß noch viele taugliche Versorgungsämter seit Jahren auf ihre Einberufung in den Beamtendienst warten.

Zur Sicherung der Zivildienstverpflichtung und zur Abstellung vorhandener Mängel sind folgende Maßnahmen erforderlich:

Die zur Regelung der Zivildienstverpflichtung erlassenen Bestimmungen müssen mit Gesetzeskraft einen Anspruch auf Anstellung im öffentlichen Dienste nach Maßgabe der nachgewiesenen Fähigkeiten gewährleisten. Verletzungen der Anstellungsgrundsätze müssen unterbunden werden.

Im Hinblick auf die in den nächsten Jahren zu erwartende erhöhte Zahl jährlich ausfindigender Versorgungsämter müssen die aus den Vorjahren noch auf Anstellung wartenden zahlreichen Versorgungsämter beschleunigt einberufen werden, etwa noch bestehende Einberufungssperren sind mit sofortiger Wirkung aufzuheben. Auch sind beim Freierwerb von Beamtenstellen über den vorgeschriebenen Stellenvorbehalt hinaus diese Stellen so lange mit Versorgungsämtern zu besetzen, als für den Beamtenamt dienste geeignete Bewerber vorhanden sind.

Die Anerkennung der Militärdienstzeit als Staats- und Ruhegehaltsdienstzeit erfordert auch entsprechende Bewertung bei jeder Beschäftigung im öffentlichen Dienste (bei Anstellung, Besoldung, Beförderung usw.).

Die versorgungswirtschaftlichen Bestimmungen für ausgeübte Angehörige der Wehrmacht und Schutzpolizei müssen nach folgenden Grundsätzen umgestaltet werden: nach 10jähriger Dienstzeit besteht ein Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung nach den Grundsätzen wie für Offiziere und Beamte, nach Ausscheiden aus dem Militär- oder Polizeidienst bis zur Anstellung in den Beamtenamt dienste besteht Anspruch auf Wartegeld und Hinterbliebenenversorgung, durch entsprechende Wendung der Regelungsvorgaben ist dafür Sorge zu tragen, daß nach Anstellung im öffentlichen Dienste die Gesamtbezüge mindestens das letzte Militär- oder Polizeidienstverdienst erreichen, die auf Grund älterer Versorgungsrechte bestehenden Ansprüche auf Rentenversorgung und Zulagen sind als wohlverdienene Rechte wieder zahlbar zu machen.

Insbesondere fordert der Bundestag in Übereinstimmung mit den Spitzenverbänden der Beamenschaft eine sofortige Reform des Besoldungsrechts von 1920 mit dem Ziele: sofortige ausreichende Erhöhung der Besoldungsbezüge, besonders für die unteren und mittleren Gruppen, Abschaffung des Diätariats, Beseitigung der im Jahre 1920 vielen Beamtengruppen widerfahrenen ungerechten Einstufungen, Aufhebung der Schlüsselungsgrundsätze und Schaffung ausreichender Beförderungsmöglichkeiten, Zulassung aller Beamten zur Sonderprüfung, soweit sie nach den früheren Bestimmungen für den mittleren Dienst vorgemerkelt waren oder die Aufstiegsmöglichkeit dafür hatten, Beseitigung der Härten bezüglich der Warte- und Ruhestandsbehalten.

Selbsthilfebund der Körperbehinderten.

Am vergangenen Sonntag fand im „Artenhof“ die Monatsversammlung des Selbsthilfebundes der Körperbehinderten statt. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden Wajskau gab Reinhardt den Bericht vom Bundestag, der am 11. und 12. Juni in Magdeburg stattgefunden hat. Dann wurde der Vierteljahrsbericht vorgelesen. Die Mitgliederzahl ist im letzten Vierteljahr bedeutend gestiegen. Sie beträgt jetzt 123. Die Zahl muß aber in Zukunft noch mehr steigen. Ferner wurde noch darauf hingewiesen, daß unsere Beratungssitzungen Donnerstag und Sonnabend abends von 6 bis 8 Uhr für jeden Körperbehinderten kostenlos zur Verfügung stehen. Der Vorstand sprach den Wunsch aus, daß sie auch recht viele, und noch fernstehende, Benutzer möchten. Die finanziellen Verhältnisse sind nicht gerade schlecht zu nennen. Dem Kassierer konnte Entlastung erteilt werden. Dann fand eine rege Aussprache über einen Ausflug statt. Die Versammlung wurde sich dahin einig, daß am 21. August ein Ausflug nach der Düppeler Mühle gemacht wird. In nächster Zeit soll auch eine Bibliothek eingerichtet werden. Stiftungen werden jetzt schon entgegengenommen. Die Direktion der Straßenbahn soll ersucht werden, auch für Zivildienst billige Fahrkarten auszugeben, wie sie das für die Kriegsgeschädigten bereits tut. Die Städte Essen und Berlin und noch andere haben das auch bereits getan. Nachdem noch einige kleinere Sachen erledigt waren, konnte die Versammlung um 1/8 Uhr geschlossen werden.

Zentralverband der Arbeitslosen.

Der Zentralverband der Arbeitslosen und Witwen, Ortsgruppe Magdeburg, beschäftigte sich in seiner Hauptversammlung sowie in den Versammlungen der einzelnen Bezirke mit der erneuten Ablehnung des Antrags auf Zulassung in den Vermittlungsausschuss des Volkswirtschafts. In seinem Referat über diese Frage stellt der Ortsgruppenvorsitzende Walter nochmals fest, daß das Gesetz vom 8. Juni v. J. dieses Recht den Vertretern einer Vereinigung von Sozialrentnern ausdrücklich zusichert. Die Bestimmungen des Ortsrats der Stadt Magdeburg müssen hinter das Reichsgesetz zurücktreten. In sämtlichen Versammlungen wurde eine Entschließung angenommen, die den Vorstand beauftragt, jährl. Protest gegen die Ablehnung beim Regierungspräsidenten zu erheben und die Forderung auf Zulassung erneut zu stellen.

In großen Umfassen jährl. Redner nachmals die eingetretene Wendung bei der Invalidentversicherung. Die nächsten Ziele, die erreicht werden müßten, seien: Anerkennung der 11 Verfallsfristen als entschuldigungsbedingte Betriebsunfälle. Ferner müßte dafür Sorge getragen werden, den Sozialausfluß, der von den Gemeinden als Unterstützung für unzureichende Invalidenten gewährt wird, durch eine ausreichende Postzulage, die aus Reichsmitteln bestritten werden müßte, zu ersetzen. Dem beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine lebhaft geführte Aussprache an.

sind eingestürzt. Viel Vieh ist ertrunken. Von den Eisenbahnbrücken wurden große Sandmassen heruntergeschüttet. Die Schienen wurden teilweise freigelegt. Auf den Chaussees wurden starke Bäume umgeknickt, die Straßen sind unpasseierbar geworden. Die Felder und Wiesen gleichen kleinen Seen. Auch in Straßburg (Niederrhein) hat ein wolkenbruchartiger Regen schweren Schaden auf den Feldern und besonders in den Gärten angerichtet. Die Straßen wurden überflutet, die Keller stehen unter Wasser.

Hagelwetter in Rheinheffen.

Ueber das mittlere Rheinheffen ist am Hagelwetter von außerordentlicher Schwere niedergegangen. Besonders heftig wütete das Unwetter in der Gemarkung Staden, wo in einer halben Stunde die gesamte Ernte vernichtet wurde. In manchen Stellen lagen große Hagelkörner fußhoch auf den Feldern. Die Weinberge bieten einen tristen Anblick. Fast sämtliche Stöcke sind völlig entblättert. Alle Trauben wurden abgeschlagen und liegen am Boden. Zahlreiche Gärten und Feldhühner wurden vom Hagel erschlagen. Der Schaden ist unbeschreiblich, da die Weinberge für viele Jahre vernichtet sind. Die Futterernte ist völlig vernichtet worden, so daß die Milchproduktion der Stadt Mainz gefährdet ist. Auf Veranlassung des Reichstagsabgeordneten Krell wurde ein Hilfsantrag für die Unwettergeschädigten eingeleitet.

Auch über dem Hunsrück hat sich ein katastrophales Unwetter entladen. In zahlreichen Gemarkungen wurde gemaltiger Ernteschaden angerichtet. In Eschenroth wurde ein junges Mädchen beim Hinsetzen vom Blitz getroffen und sofort getötet. In der Nähe von Wirtensfeld wurde eine 20jährige Bauerntochter, die unter einem Baume vor dem Unwetter Schutz gesucht hatte, durch einen einschlagenden Blitz getroffen und getötet.

Amtlicher Bericht über die Katastrophe im Palästina.

Nach dem amtlichen Bericht über das Erdbeben in Palästina und Transjordanien haben in Palästina 200 Personen den Tod gefunden, während 356 schwer und 875 leicht verletzt wurden. Die Zahl der schwer beschädigten Häuser im ganzen Lande wird auf 1000 geschätzt. Der Regierungspalast hat etwas gelitten, doch sind im allgemeinen die öffentlichen Gebäude wenig beschädigt worden. In Transjordanien zählt man 67 Tote und 102 Verletzte.

Ein Geldschrank gestohlen.

Einen vermögenden Einbruch führte eine Berliner Einbrecherkolonne in der Münzstraße, im Herzen der Reichshauptstadt aus. Im Laden eines Antiquitätengeschäfts befand sich ein zur Hälfte in die Wand eingelassener und angehängelter Geldschrank. In Abwesenheit der Ladenbesitzerin drangen die Einbrecher nachts in den Keller und von da durch eine Kalktür in den Ladenraum. Hier kletterten sie den 2½ Zentner schweren Geldschrank los und schleppten ihn mit seinem gesamten Inhalt unbemerkt fort. Die sonstigen Gegenstände des Ladens ließen sie unberührt und begnügten sich mit dem Tresor als Beute. In diesem befanden sich allerdings Goldwaren im Werte von 25 000 Mark.

Brandstiftungen an einem Gehrod.

Vor dem Schwurgericht Bauzen hatte sich der Maurer Michan aus dem Dorfe Kalkschwiz in der sächsischen Lausitz wegen vorjähriger Brandstiftung zu verantworten. Seine größte Sehnsucht war schon immer, in den Besitz eines feinen Gehrods zu kommen. Zu diesem Zwecke hatte er mit dem Dorfchirurgen Kraußmann eine Verabredung getroffen und dessen Wohnhaus angezündet. Als Provision für die ausbezahlte Feuerversicherungsumme erhielt der Maurer vom Chirurgen den zugesagten, erhalt feinen Gehrod. Beide erhielten aber außerdem jezt 1 Jahr 3 Monate bzw. 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus. Bezüglich im Mai war der Vorwurf der freiwilligen Feuerwehrtätigkeit wegen gewerkschaftlicher Brandstiftung zu 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt worden. Auch er hatte mehrere Anwesen von Bauern gegen Provision von der Feuerversicherungsumme angezündet. Seine Strafen wurden gleichfalls vom Bauern Schwurgericht zu Zuchthausstrafen verurteilt.

Klage des Freiers.

Der Rentier Johann Wagner aus Remmingen lauzerte in dem sächsischen Industrieort Rabitz den Arbeiterin Josephine Dietz aus Rabitz im heim Verlassen der Fabrik mit einem Messer die Halsschlagader durch. Der Tod des Mädchens trat sofort ein. Der Täter stellte sich selbst der Polizei. Er hat die Tat aus heftiger Eifersucht begangen, weil das Mädchen ein andres Liebesverhältnis eingegangen war.

Eine Frau auf dem Motorrad umgekommen.

Der 28 Jahre alte Selmer Kämmerer aus Weimar unterlag am 1. Juni mit seiner Frau und mit seiner Schwester einen Ausflug auf seinem Motorrad. Hinter Oberweimar mußte er einen ihm in sehrem Tempo entgegenkommenden Auto ausweichen und geriet dabei zu spät an den Straßenrand, so daß er die Wippschaltung einwirkte. Während er und seine Schwester mit leichten Verletzungen davonkamen, wurde die Mutter getötet.

Vermögende Flucht eines Eigentümers.

Aus dem Gerichtssaal in Weimar gelang am Sonntagabend einem Schwerverbrecher, dem 25 Jahre alten Joseph Weyrauch, eine abenteuerliche Flucht. Weyrauch, der vielfach wegen Einbruchs und Diebstahl bestraft ist, gelang ihm seit einiger Zeit wieder in Unterjochung. Nach einer Gegenüberstellung mit einem Zeugen vor R. für kurze Zeit im Vernehmungsraum für Unterjochungsgefangene eingeschlossen worden. Als man ihn nach einiger Zeit wieder abholen wollte, war er verschwunden, obwohl die Fenster des Zimmers vergittert sind. Inzwischen fand man vor einem Hügel, Schloßberg heißt sich heraus, daß der Eigentümer sich durch die Abwehr des Hundes angebrachte Entlastungsglocke hindurchgeschlüpft hatte. Von da aus maß er 8 bis 10 Meter tief in den Hof gelangt sein, aber sich eine höhere Verletzung zuzuschreiben. Denn alle Nachforschungen im Gelände blieben erfolglos. — Aus dem Gerichtssaal in Weimar waren Meier Tage ebenfalls drei Gefangene angeklagt. Sie hatten den Kassekassen der Zeile abgerufen und waren dann, durch den Abgang des Kassenhelfers, ins Freie gelangt. Zwei von ihnen konnten sich nur kurze Zeit der genannten Forderung entziehen, sie wurden bereits wieder festgenommen.

Opfer der Wohnungsnot.

Am 8. November 1923 erkrankte der 35jährige Landwirt Hermann Schmidt aus Unter-Gröden bei der Polizei-Verwaltung in Weimar, als dieser den Aufbruch eines Jungens nach dem schmalen Hofweg zum Hofe machte. Wegen dieser Tat hatte sich Schmidt vor dem sächsischen Schwurgericht zu verantworten. Wie die Verhandlung ergab, hat der Angeklagte als ältester Sohn gemäß Veranlassung der Vermittlung des 19. August großen sächsischen Güter überlassen müssen. Er habe aber ein Vermögen von 1000 Mark, das nach dem Tod von ihm erwartet. Da er dieses heranzuholen nicht in der Lage war, habe er sich in die Wohnung der Schwester des Meier in Weimar begeben, um dort die Wohnung zu verlassen. Er habe aber die Wohnung nicht verlassen, sondern sich in der Wohnung der Schwester des Meier in Weimar begeben, um dort die Wohnung zu verlassen. Er habe aber die Wohnung nicht verlassen, sondern sich in der Wohnung der Schwester des Meier in Weimar begeben, um dort die Wohnung zu verlassen.

behindern. Da er damals aber noch nicht verheiratet war, waren seine Bemühungen ohne Erfolg. Als dann der Tag herangekommen war, an dem das Mobiliar des Zwangsverwalters nach dem Nachtragstadium gebracht wurde, schloß Schmidt in seiner Erregung auf den dem Transport begleitenden Polizeibeamten Meißel, der dadurch sofort getötet wurde. Während der Staatsanwalt für den Angeklagten eine 3jährige Zuchthausstrafe forderte, billigte ihm das Gericht milde Verhältnisse zu und verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von 3 Jahren.

Schwere Autounfälle in Holland.

Einer Meldung aus Zwolle zufolge fuhr am Montag nachmittag ein Personenauto auf der von Smilde nach Meppel führenden Chaussee gegen einen Baum und stürzte in das dicht neben der Chaussee liegende Wasser der Smildebaart. Alle fünf mitgenommenen Personen ertranken. Auch auf der von Leiden nach Gillekom führenden Chaussee ereignete sich ein schweres Autounfall. Als der Chauffeur eines in schneller Fahrt befindlichen Personenautos einer Radfahrerin ausweichen wollte, fuhr das Auto gegen einen dort liegenden Stapel von Kanalisationsröhren, überlief sich und wurde vollkommen zertrümmert. Eine junge Frau wurde getötet, während die drei anderen Insassen schwer verletzt wurden. Die Radfahrerin erlitt gleichfalls schwere Verletzungen.

Ein dreifacher Frauenmord in New York.

Am Nachmittag des 11. Juli wurde in dem Battery-Parc von New York unter Gebüsch ein blutbesetztes Paket gefunden, das zwei abgeschnittene Frauenbeine enthielt. Aber kaum waren die Polizisten mit diesem Fund in ihrem Revier angekommen und hatten die Meldung an die Zentralstelle weitergegeben, da häuften sich bei dieser die Berichte über ähnliche Funde, die in Brooklyn und Manhattan gemacht worden waren. Aus diesen Meldungen ging deutlich hervor, daß nicht weniger als drei Frauen von unbekanntem Täter ermordet, zerstückelt und die Leichenteile über ganz New York zerstreut sein mußten. Von den ermordeten Frauen waren zwei älter, während die dritte jung gewesen sein mußte. Nach einer Weile meldete die Polizeiinspektion Brooklyn, daß man dort den Kopf einer älteren Frau, ebenfalls in ein Paket verpackt, gefunden hatte. In diesem befanden sich auch die Gegenstände, die offenbar bei Verübung des Mordes Anwendung gefunden hatten, zwei blutbesetzte Hämmer und eine langstielige Axt. Mit Hilfe des aufgefundenen Kopfs gelang es nun festzustellen, daß die eine der ermordeten Frauen Mrs. E. Brownell, die Besitzerin eines Logierhauses in Manhattan sein mußte, die seit mehreren Tagen vermißt wurde. Da mit ihr gleichzeitig auch die frühere Besitzerin dieser Pension Mrs. Bennett auf rätselhafter Weise vermißt wurde, so war anzunehmen, daß die aufgefundenen Leichenteile der beiden älteren Frauen aller Wahrscheinlichkeit Mrs. Bennett angehört hätten, während über die Identität der dritten Ermordeten sich keine Anhaltspunkte gewinnen ließen. Die Polizei nahm dann sofort eine eingehende Untersuchung in dem Mrs. Brownell gehörigen Logierhaus vor, wo man ebenfalls Leichenteile in einem Koffer entdeckte. Auf Grund des vorgenannten Verhörs wurden dann von der Polizei zwei Männer unter Verdacht in Haft genommen, von denen der eine der Geschäftsführer des Logierhauses ist.

Mimentenfragen.

Auf der dänischen Insel Lolland haben mehrere Gemeindevorsteher die Regierung ersucht, ihr Amt niederlegen zu dürfen. Sie begründen ihr Ersuchen damit, daß die Einziehung der Mimente so viel Zeit in Anspruch nehme und ihnen so viel Unannehmlichkeiten bereite, daß sie in ihrer privaten Tätigkeit und in ihrem Privatleben stark geschädigt würden. Die Presse der Insel nahm die Klage der Gemeindevorsteher auf und stellte fest, daß die meisten unehelichen Kinder auf Lolland im September, also 9 Monate nach Weihnachten, geboren werden. Gegen diese Feststellung erhebt die Geistlichkeit lebhaften Protest.

Mittelalter in Indien.

In den eingebornen Fürstentümern Indiens steht die mittelalterliche Anstalt noch in voller Blüte. Anlässlich des Todes des Rajahs von Sahari ordnete sein Nachfolger an, daß alle männlichen Einwohner seines Landes Haupt- und Parthare als Zeugen der Trauer zu züchten hätten. Militärpatrouillen zogen, von Beamten begleitet, durch sämtliche Dörfer des Landes und nahmen den Gaarjanti bei allen Leuten, die der Anordnung nicht gehorcht waren, an Ort und Stelle vor. Da sich die anwesenden Fremden weigerten, diese Trauer mitzumachen, kam es zu förmlichen Kämpfen zwischen ihnen und der holländischen Staatsgewalt.

Elefantentragödie in Rom.

Im Zoologischen Garten von Rom puzte dieser Tage der große Elefant „Rito“ so unglücklich, daß er sich einen Schlag ins Bein schlug. Dabei zog er sich eine so schwere Verletzung zu, daß er etwa 40 bis 50 Liter Blut verlor und einging. Der gewaltige Körper mußte, um aus dem Käfig herausgeschafft werden zu können, vor den Augen des Elefanten „Romeo“ zerstückelt werden. Am anderen Morgen wurde „Romeo“ von Anwesenden befallen und war ebenfalls nach wenigen Stunden tot. Die Tiergartenverwaltung ist sich nicht klar, ob es sich dabei um eine Naturmittelvergiftung gehandelt hat, oder ob „Romeo“ an gebrochenem Herzen über den Tod seines Gefährten „Rito“ erstarbt ist.

Bei der Rettung des Bruders ertrunken.

Als der 35jährige Schüler Kurt Schloffer in der obererleidenen Ortschaft Groß-Görsch über das Oberwehr in die Elbe gehen wollte, stieß er aus, fiel hinunter und ertrank. Seine 15jährige Schwester, die am Ufer stehengeblieben war, wollte ihm zu Hilfe eilen und sprang nach. Da sie aber nicht schwimmen konnte, ertrank sie ebenfalls. Ein andres 15jähriges Mädchen, das den Unfall beobachtet hatte, sprang sich in die Elbe und rettete den Bruder und schwamm den Ertrunkenen nach. Sie geriet selbst in allerschwerste Lebensgefahr und konnte nur mit großer Anstrengung an das Ufer retten.

Schwerer Brandeinsturz bei Sülbit.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich am Dienstag morgen im Ort Sülbit ereignet. Beim Abräumen der Holzgrube über die Schießschanze, einem Reduktions der Kessel, in Galbrassen bei Reduktionsarbeiten wurde das Gerüst ein und begrub den größten Teil der darauf beschäftigten etwa 50 Personen unter sich. In den Abraumarbeiten waren hauptsächlich Steinsepper und einige Arbeiter beschäftigt. Das Gerüst der Grube war bereits abgenommen, und man war, als das Unglück geschah, mit dem Forttragen der Balken und Balken beschäftigt. Zwei Balken, die die Grube nach zusammenziehen, sollen sich plötzlich gelöst haben, so daß die Grube in sich zusammenstürzte. Bei dem Einsturz des Gerüsts wurden die Arbeiter an den Füßen, den Gliedmaßen verletzt und es gab keine Gefahr des Ertrinkens für die Verunglückten. Dagegen wurden 37 Personen von den herabfallenden Balken und Balken schwer verletzt. Viele andere haben schwere Verletzungen erlitten.

Spiel und Sport

Abend-Sportspiele

Am 11. November 1923 fand ein sportliches Ereignis im Sportplatz in Weimar statt. Die Fußballmannschaft der Weimarer Sportvereine trat gegen die Mannschaft der Weimarer Sportvereine an. Das Spiel wurde von 19 bis 21 Uhr im Sportplatz in Weimar ausgetragen. Die Weimarer Sportvereine gewannen das Spiel mit 2:0 Toren. Die Weimarer Sportvereine sind stolz auf diesen Erfolg und hoffen, in den nächsten Tagen weitere Erfolge zu erzielen.